



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Weinert

Wiesbaden, 25.06.2020

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
am Dienstag, 30. Juni 2020, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

HINWEIS: Es wird empfohlen, einen Mund-Nase-Schutz zu tragen.

Tagesordnung

Bereich Planung und Bau

1. 19-F-12-0002

DL 06/20-1

Milieuschutzsatzung und Immobilienverkauf Rüdesheimer Straße 23, Wiesbaden
- Bericht des Dezernates VI vom 31.01.2020 -

2. 20-F-20-0002

ANLAGE

Antrag zur SV 20-V-40-0004 „Neubau Elisabeth-Selbert-Schule - Ausführung Interimsmaßnahme“

- *Bericht des Dezernates IV vom 29.04.2020* -

3. 20-F-29-0002

ANLAGEN

Gestaltung Wohnprojekt Balthasar-Neumann-Straße / Parkhaus Berliner Straße

- *Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 29.01.2020* -

- *Protokollnotizen des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 04.02.2020 (PN 0027) und 17.03.2020 (PN 0060)* -

4. 20-F-33-0002

ANLAGEN

Baumarkt am Petersweg - Alternative zu Hornbach

- *Antrag der Fraktionen von SPD und CDU vom 29.01.2020* -

- *Änderungsantrag der Fraktion Linke&Piraten vom 04.02.2020* -

- *Protokollnotizen des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 04.02.2020 (PN 0028) und 17.03.2020 (PN 0061)* -

5. 20-F-05-0009

ANLAGEN

Dauer für die Erteilung von Baugenehmigungen in Wiesbaden

- *Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 29.01.2020* -

- *Protokollnotizen des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 04.02.2020 (PN 0029) und 17.03.2020 (PN 0062)* -

6. 20-F-20-0003

ANLAGEN

Nutzungskontrollen von Garagen

- *Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 29.01.2020* -

- *Protokollnotizen des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 04.02.2020 (PN 0030) und 17.03.2020 (PN 0063)* -

7. 20-F-08-0006

ANLAGEN

Landschaftsverbrauch und Perspektive der Landwirtschaft in der Landeshauptstadt Wiesbaden

- *Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 29.01.2020* -

- *Beschluss des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung vom 04.02.2020 (BP 0008)* -

- *Protokollnotiz des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 17.03.2020 (PN 0064)* -

8. 20-F-08-0027

ANLAGE

Zukunft Schelmengraben?

- *Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 11.03.2020 -*

- *Protokollnotiz des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 17.03.2020 (PN 0065) -*

9. 20-F-08-0032

ANLAGE

Schiersteiner Berg/Südlich der Dostojewskistraße

- *Änderungsantrag der LINKE&PIRATEN Rathausfraktion zur SV 20-V-61-0010 -*

- *Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 06.05.2020 (BP 0139) -*

10. 20-F-21-0017

Zwischenstand Konzeptvergabe

- *Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 17.06.2020 -*

Um mehr Einfluss auf Bauprojekte in Wiesbaden zu nehmen, gilt in Wiesbaden seit einigen Monaten für ausgewählte Baugebiete die „Konzeptvergabe“. Hier sollen in einem „Wettbewerb der Ideen“ die Bewerber den Zuschlag erhalten, die nach festgelegten Kriterien das entsprechend beste Konzept vorlegen. Vor etwa einem halben Jahr wurde diesbezüglich auch eine Liste von Baugebieten vorgestellt, bei denen das neue Instrument eingesetzt werden soll.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu folgenden Punkten zu berichten:

1. Zu welchen Baugebieten gab es bisher Ausschreibungen in Form der Konzeptvergabe? Welche spezifischen Kriterien, welches Punktesystem wurde angewendet?
2. In welchem Verfahren werden die Kriterien, das Punktesystem erarbeitet? Welche Schwerpunkte werden für die jeweiligen Bauprojekte gesetzt? Wer war in dem dafür vorgesehenen Arbeitskreis daran beteiligt?
3. Welche Erkenntnisse über neue Möglichkeiten (z.B. neues Bewerberprofil) und welche Verfahrensprobleme (z.B. zeitliche Verzögerungen) haben sich bereits jetzt herauskristallisiert?
4. Wie bewertet der Magistrat die bisherigen Erfahrungen zur Konzeptvergabe im Vergleich zum üblichen Vergabeverfahren?
5. Gibt es weitere konkrete Planungen die Konzeptvergabe auf weitere Baugebiete auszuweiten?

11. 20-V-40-0011

DL 20/20-8, 18/20-8 , 17/20-1 NÖ, ANLAGE

Johannes-Maaß-Schule II. Bauabschnitt mit 2 Feld-Sporthalle - Ausführungsvorlage

- *Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 23.06.2020 (BP 0125) -*

11.1 20-F-20-0010

ANLAGE

20-V-40-0011 „Johannes-Maaß-Schule II. Bauabschnitt mit 2-Feldsporthalle - Ausführungsvorlage“

- *Ergänzungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 22.06.2020 -*
- *Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 23.06.2020 (BP 0145) -*

12. 20-F-05-0037

Bericht zur Wertermittlung der eingefrorenen Bodenpreise auf dem Planungsgebiet Ostfeld
- *Antrag der FDP Fraktion vom 24.06.2020 -*

Die Landeshauptstadt Wiesbaden plant eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme auf dem Gebiet des sogenannten Ostfeldes. Aus der Bürgerschaft gibt es Stimmen, die insbesondere die Wertermittlung bei den landwirtschaftlichen Grundstücken als fehlerhaft bemängeln. Dies ist auch aus Sicht der Freien Demokraten problematisch. Eine mögliche fehlerhafte Wertermittlung könnte aus Sicht der Freien Demokraten nachträglich zu ggf. höheren Entschädigungen für die Grundstücksbesitzer führen, wenn dies gerichtlich festgestellt wird.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

1. Wurde bei der Wertermittlung der Bodenpreise für landwirtschaftliche Flächen im Bereich Ostfeld der Bodenpreis für Bauerwartungsland oder der landwirtschaftliche Verkehrswert zu Grunde gelegt?
2. Soweit der landwirtschaftliche Verkehrswert zu Grunde gelegt wurde: Sieht der Magistrat insoweit eine Vereinbarkeit mit §169 IV BauGB? Soweit hier eine Vereinbarkeit gesehen wird, ist eine Begründung vorzulegen.

13. 20-F-20-0011

Sachstandsbericht zum Klinikgelände am Bingert

- *Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 24.06.2020 -*

Auf dem ehemaligen Klinikgelände „Am Bingert“, das seit Jahren brach liegt, werden seit mehreren Monaten Abbruchtätigkeiten vorgenommen. Über die zukünftige Entwicklung des als Sondergebiet für Kur, Kliniken und Sanatorien ausgewiesenen Grundstücks herrscht seit langer Zeit Unklarheit.

Der Ausschuss möge beschließen,
die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zum Sachstand zu berichten und bei weiteren Gesprächen dem Investor zu vermitteln, dass zum einen die Vorgaben durch den B-Plan (Gesundheitsstandort) einzuhalten sind, zum anderen weitere Planungen in einem Gesamtkonzept für das Gebiet betrachtet werden müssen.

Bereich Verkehr

14. 20-V-66-0208 DL 21/20-15, 20/20-12 , 18/20-14, ANLAGE
Verkehrsentwicklungsplan Wiesbaden 2030 - Integriertes Handlungskonzept
- *Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 23.06.2020 (BP 0133)* -
15. 19-F-20-0021 ANLAGEN
Fahrradverbindungen ins Wiesbadener Umland
- *Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 26.11.2019* -
- *Protokollnotizen des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 04.02.2020 (PN 0006) und 17.03.2020 (PN 0075)* -
16. 20-F-05-0010 ANLAGEN
Instandsetzung der Theodor-Heuss-Brücke
- *Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 29.01.2020* -
- *Protokollnotizen des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 04.02.2020 (PN 0008) und 17.03.2020 (PN 0077)* -
17. 20-F-01-0001 ANLAGEN
Verkehrsuntersuchungen durch die Sperrung der Theodor-Heuss Brücke
- *Antrag der SPD-Fraktion vom 29.01.2020* -
- *Änderungsantrag der Fraktion Linke&Piraten vom 04.02.2020* -
- *Protokollnotizen des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 04.02.2020 (PN 0009) und 17.03.2020 (PN 0078)* -
18. 19-F-21-0022 ANLAGEN
Bericht zu den Ergebnissen der testweisen Einführung einer Haltezone für Elterntaxis an der Diesterwegschule
- *Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 18.06.2019 (BP 0129)* -
- *Protokollnotiz des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 17.03.2020 (PN 0079)* -

19. 19-F-05-0025

ANLAGEN

Fahrradsystem "meinRad" evaluieren (Bericht des Magistrats zum Beschluss Nr. 0267 des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 4. Dezember 2018)

- *Bericht des Dezernates V vom 01.09.2019* -

- *Protokollnotiz des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 17.03.2020 (PN 0080)* -

20. 20-F-02-0006

ANLAGEN

Freie Parkplätze schneller finden, Parkplatzsuchverkehr verringern

- *Antrag der CDU-Rathausfraktion vom 29.01.2020* -

- *Änderungsantrag der Fraktion Linke&Piraten vom 04.02.2020* -

- *Protokollnotizen des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 04.02.2020 (PN 0014) und 17.03.2020 (PN 0082)* -

21. 20-F-02-0005

ANLAGEN

Entwicklung von Parkraum in Wiesbaden

- *Antrag der CDU-Rathausfraktion vom 29.01.2020* -

- *Protokollnotizen des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 04.02.2020 (PN 0015) und 17.03.2020 (PN 0083)* -

22. 19-F-10-0030

ANLAGEN

Abgabe kostenloser Fahrscheine durch ESWE-Verkehr

- *Antrag der AfD Stadtverordnetenfraktion vom 26.11.2019* -

- *Protokollnotizen des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 03.12.2019 (BP 0285) und 17.03.2020 (PN 0084)* -

23. 20-F-21-0005

ANLAGEN

ICE-Anbindung Wiesbaden

- *Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 28.01.2020* -

- *Protokollnotizen des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 04.02.2020 (PN 0019) und 17.03.2020 (PN 0085)* -

24. 20-F-01-0003

ANLAGEN

Brennstoffzellenbusse und Wasserstofftankstelle bei ESWE-Verkehr

- *Antrag der SPD-Fraktion vom 29.01.2020* -

- *Protokollnotizen des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 04.02.2020 (PN 0020) und 17.03.2020 (PN 0086)* -

25. 20-F-01-0002

ANLAGEN

Urteil zur Standplatzpflicht für Taxis - Auswirkungen auf Wiesbaden

- *Antrag der SPD-Fraktion vom 29.01.2020* -

- *Protokollnotizen des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 04.02.2020 (PN 0021) und 17.03.2020 (0087)* -

26. 20-F-08-0026

ANLAGE

Übernahme der bislang in Leiharbeit tätigen Verkehrspolizist*innen in den Dienst der Landeshauptstadt Wiesbaden

- *Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 11.03.2020* -

- *Protokollnotiz des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 17.03.2020 (PN 0088)* -

27. 20-F-20-0001

ANLAGE

Flexibilisierung des Nahverkehrsplans - verstärkte Einrichtung von Multifunktionsflächen in den Bussen ermöglichen

- *Bericht des Dezernates V vom 15.03.2020* -

28. 20-F-03-0012

Verkehrliche Optimierung des Kranzplatzes

- *Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.06.2020* -

Der Kranzplatz ist auf Grund seiner zentralen Lage, seiner langen Geschichte als Thermalquellengebiet sowie seiner repräsentativen Funktion mit dem Sitz der an ihm befindlichen Hessischen Staatskanzlei einer der bedeutendsten Plätze der Stadt. In der tatsächlichen Nutzung bleibt er jedoch deutlich hinter seinen Möglichkeiten zurück.

Insbesondere die aktuelle Straßenführung, die den eigentlichen Platz von der Staatskanzlei trennt, durchschneidet hier einen Stadtraum, der, gerade in der Verlängerung der Fußgängerzone, deutlich an Aufenthaltsqualität gewinnen könnte, wenn es gelänge, die verkehrlichen Belastungen zu reduzieren. Tatsächlich besteht hier ein erhebliches verkehrliches und gestalterisches Defizit, das einem derart bedeutsamen Stadtplatz schlecht ansteht.

Der Ausschuss möge beschließen,
die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu prüfen, ob auf dem Kranzplatz im Bereich der Hessischen Staatskanzlei und dessen unmittelbarem Umfeld verkehrliche Optimierungen und verkehrsberuhigende Maßnahmen vorgenommen werden können, um eine deutliche Entlastung des Platzes vom Verkehr sowie eine spürbare Erhöhung der Aufenthaltsqualität für den Kranzplatz zu bewirken
2. über die Ergebnisse dieser verkehrsplanerischen Erwägungen im Ausschuss für Planung Bau und Verkehr zu berichten.

29. 20-F-05-0038

Sachstandsbericht Wallauer Spange - Umsetzung der beidseitigen Erschließung
- Antrag der FDP Fraktion vom 24.06.2020 -

Die Wallauer Spange ist ein zentrales Vorhaben zur Verbesserung der verkehrlichen Anbindung der östlichen Vororte - insbesondere von Delkenheim, Nordenstadt und Erbenheim. Dem Vernehmen nach steht der Ortsbeirat Wallau einer beidseitigen Erschließung kritisch gegenüber. Dennoch wurde nach Kenntnis des Ortsbeirates Delkenheim bereits ein Gutachten von Seiten der Landeshauptstadt Wiesbaden zur Realisierung des Haltepunktes und der beidseitigen Erschließung in Auftrag gegeben.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Welche Gespräche haben bereits mit den Nachbarkommunen zum Thema eines Haltepunktes an der Wallauer Spange stattgefunden?
2. Trifft es zu, dass die Landeshauptstadt Wiesbaden ein entsprechendes Gutachten in Auftrag gegeben hat? Wenn ja, kann dieses Gutachten den Mitgliedern des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr zugänglich gemacht werden?

30. 20-F-21-0026

Fahrradparkhaus am Wiesbadener Hauptbahnhof
- Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 24.06.2020 -

Das Fahrrad boomt. Wer den Wiesbadener Hauptbahnhof bisher mit dem Fahrrad angesteuert hat, musste feststellen, dass die Abstellinfrastruktur mit dem Wachstum nicht Schritt halten kann. Auch die 70 zusätzlichen Abstellplätze, die das Verkehrsdezernat im Jahr 2019 installiert hat, waren sofort belegt. Ebenerdige, eingangsnaher Flächen am Hauptbahnhof sind nur noch begrenzt vorhanden. Alternativ werden die Fahrräder an Laternenmasten und sonstigen Gegenständen angeschlossen.

Neben dem chaotischen Anblick, mit dem BesucherInnen der Landeshauptstadt Wiesbaden beim Verlassen des Hauptbahnhofs konfrontiert werden, sind diese Fahrräder v.a. in den Abendstunden unzureichend vor Diebstahl geschützt. Zahlreiche deutsche Städte, darunter Frankfurt am Main sowie die Landeshauptstadt Mainz, haben in den letzten Jahren Fahrradparkhäuser in unmittelbarer Nähe zu ihren Hauptbahnhöfen geschaffen, um Pendlern ausreichende und sichere Abstellmöglichkeiten für Ihre Fahrräder zur Verfügung zu stellen.

Die Landeshauptstadt benötigt daher ein optimal gestaltetes, sicheres und modernes Fahrradparkhaus, wie es in vielen - auch kleineren - Städten schon zum Mobilitäts-Alltag gehört.

Der Ausschuss möge beschließen,
die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, die technische und planerische Machbarkeit eines Fahrradparkhauses am Wiesbadener Hauptbahnhof grundsätzlich zu prüfen sowie die Möglichkeiten, Restriktionen und den finanziellen Aufwand zu benennen.

31. Verschiedenes

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Dr. Uebersohn
Vorsitzender



TOP 21 E



über
Herrn Oberbürgermeister
Gert-Uwe Mende

*75
715 BOR*

Der Magistrat

über
Magistrat

Dezernat für
Stadtentwicklung und Bau

und

Stadtrat Hans-Martin Kessler

in A. K. bis 20.05.2020
Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Christa Gabriel

Herrn Uebersohn,
Vorsitzender des Ausschusses
für Planung, Bau und Verkehr

29. April 2020

Tagesordnung II Punkt 29 der öffentlichen Sitzung am 13. Februar 2020

Vorlagen-Nr. 20-F-20-0002

**Antrag zur SV 20-V-40-0004 Neubau Elisabeth-Selbert-Schule - Ausführung
Interimsmaßnahme - Antrag der Fraktion SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom
29. Januar 2020**

Beschluss-Nr. 0026 vom 04. Februar 2020 und Beschluss-Nr. 0030 vom
13. Februar 2020 (SV-Nr. 20-V-40-0004) zur (Antrags-Nr. 20-F-20-0002)

Der Magistrat wird gebeten zu berichten

1. wie viele Kleingärten sich aktuell in dem zu bebauenden Areal befinden.
2. wie viele dieser Kleingärten aktuell bewirtschaftet werden.
3. wie viele Kleingärten durch die Baumaßnahme wegfallen.
4. wem diese Kleingärten gehören
5. ob in der Nähe des vorgesehenen Neubaus Ersatzflächen angeboten werden können.

Sehr geehrte Damen und Herren,

hierzu berichte ich wie folgt:

Zu Ziff. 1

Es befinden sich aktuell in dem zu bebauenden Areal 14 Gärten und ein Schulgarten.

Zu Ziff. 2

Zum Zeitpunkt der Anfrage wurden alle Gärten noch bewirtschaftet. Die städtischen Gärten wurden zum 31.03.2020 gekündigt.

Zu Ziff. 3

Durch die Baumaßnahme werden 13 Gärten und der Schulgarten wegfallen.

Zu Ziff. 4

Zum aktuellen Zeitpunkt gehören 12 Gärten und der Schulgarten der LH Wiesbaden, der Ankauf eines weiteren Gartens läuft. 1 Garten gehört einer Erbengemeinschaft.

Zu Ziff. 5

Da es in unmittelbarer Nähe des zu bebauenden Areals keine Ersatzflächen gibt, werden den bisherigen Pächtern in einem größeren Radius Ersatzflächen angeboten.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'H. M. Ueber', is written in a cursive style.



Vorlage Nr. 20-F-20-0002

Beschluss des Magistrats

Nr. 0300 vom 19. Mai 2020

*Antrag zur SV 20-V-40-0004 „Neubau Elisabeth-Selbert-Schule - Ausführung
Interimsmaßnahme“*

*Beschluss Nr. 0026 vom 04. Februar 2020 und Beschluss Nr. 0030 vom 13. Februar 2020 des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr*

Der Bericht des Dezernates IV vom 29. April 2020 wird zur Kenntnis genommen.

+

+

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um weitere Veranlassung
(Originalbericht ist beigelegt)

Dezernat IV z. K.

Wiesbaden, den 19. Mai 2020

Der Magistrat


Mende
Oberbürgermeister 





Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr -

Tagesordnung I Punkt 22 der öffentlichen Sitzung am 4. Februar 2020

Vorlagen-Nr. 20-F-29-0002

Gestaltung Wohnprojekt Balthasar-Neumann-Straße / Parkhaus Berliner Straße
- Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 29.01.2020 -

Zu den großen Entwicklungsprojekten der Stadt Wiesbaden zählt das Gebiet „Östlich der Brunhildenstraße“. Dort sollen bis zum Jahr 2023 eine Hochgarage, eine Sporthalle, eine Kita, eine Grundschule und etwa 270 Wohnungen entstehen.

Wiesbaden braucht dringend mehr Wohnraum, die Umsetzung des Projekts ist zweifelsohne dringend notwendig. In dem von SEG und GWW geplanten Wohnprojekt an der Balthasar-Neumann-Straße soll ein hoher Anteil an gefördertem Wohnraum entstehen. An diesem fehlt es in Wiesbaden ebenfalls. Bei aller Dringlichkeit der Umsetzung dieses Projekts darf der Aspekt der städtebaulichen und architektonischen Qualität nicht außer Acht gelassen werden. Es geht nicht nur um die Zurverfügungstellung von Wohnraum, sondern auch um eine gute Wohn- und Aufenthaltsqualität. Um diese sicherzustellen wäre die Durchführung eines Architektenwettbewerbs für das geplante Wohnprojekt das am besten geeignete Instrument, denn dadurch kann erstens die städtebauliche Qualität gesichert werden, zweitens eine optimale und kostengünstige Lösung herausgearbeitet werden und drittens eine schnelle Entscheidung herbeigeführt werden.

Das geplante Parkhaus bzw. Mobility-Hub soll direkt an der Berliner Straße gelegen sein. Damit wird dieses Bauwerk einen bedeutenden Eyecatcher bei der Zufahrt zur Innenstadt darstellen. Die städtebauliche Bedeutung ist immens, das Parkhaus wird die Wahrnehmung der Stadt Wiesbaden zukünftig mitprägen. Insofern sollte auf eine ansprechende Außengestaltung des Mobility-Hubs in der Berliner Straße geachtet werden, ein Wettbewerb zur Gestaltung wäre hilfreich.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

1. die SEG mit der Durchführung eines Architektenwettbewerbs zur Gestaltung des Wohnprojekts an der Balthasar-Neumann-Straße zu beauftragen;
2. die SEG zu beauftragen durch die Durchführung einer geeigneten Wettbewerbsform eine städtebaulich ansprechende Außengestaltung des Parkhauses/Mobility Hubs zu erreichen.

Protokollnotiz Nr. 0027

Der Tagesordnungspunkt wird aus Zeitgründen nicht behandelt.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, 11.02.2020


Dr. Uebersohn
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, 12.02.2020

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung


Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, 13.02.2020


Mende
Oberbürgermeister 13/2 B02

14. Feb. 2020

Dezernat IV
mit der Bitte um Kenntnisnahme



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Planung, Bau und
Verkehr -

Bereich Planung und Bau Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 17. März 2020

Vorlagen-Nr. 20-F-29-0002

Gestaltung Wohnprojekt Balthasar-Neumann-Straße / Parkhaus Berliner Straße
- Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 29.01.2020 -
- Protokollnotiz des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 04.02.2020 (PN 0027) -

Protokollnotiz Nr. 0060

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung verschoben.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

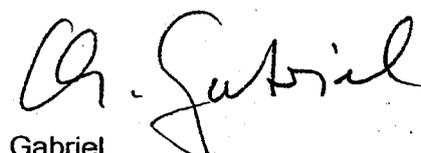
Wiesbaden, 19.03.2020


Dr. Uebersohn
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, 19.03.2020

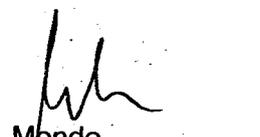
Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung


Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, 10.03.2020

Dezernat IV
mit der Bitte um Kenntnisnahme


Mende
Oberbürgermeister

20. März 2020



TOP 4 II



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr -

Tagesordnung I Punkt 23 der öffentlichen Sitzung am 4. Februar 2020

Vorlagen-Nr. 20-F-33-0002

Baumarkt am Petersweg - Alternative zu Hornbach

Vor einigen Monaten wurde bekannt, dass sich das Baumarktunternehmen Hornbach überraschend gegen einen Neubau am lang geplanten Standort am Petersweg entschieden hat. Der zuständige Dezernent hat daraufhin angekündigt bei der Immobilienmesse Expo Real in München Anfang Oktober um alternative Interessenten zu werben.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird darum gebeten,

1. zu berichten, ob durch die Gespräche bei der Expo Real oder an anderer Stelle Interessensbekundungen oder bereits weitergehende Schritte von und mit anderen Bau- und Gartenmarktbetreibern erfolgt sind.
2. zu berichten, ob es zu Verzögerungen durch den Neubau-Verzicht der Hornbach AG bei der weiteren Erschließung und Entwicklung des Gewerbegebiets Petersweg kommt und welche Maßnahmen davon besonders betroffen sind.

Protokollnotiz Nr. 0028

Der Tagesordnungspunkt wird aus Zeitgründen nicht behandelt.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, 11.02.2020

G. Uebersohn
Dr. Uebersohn
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, 12.02.2020

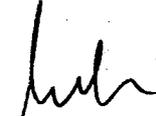
Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

G. Gabriel
Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, 13.02.2020

Dezernat IV
mit der Bitte um Kenntnisnahme



Mende
Oberbürgermeister

1312 B01

14. Feb. 2020



LINKE & PIRATEN
Rathausfraktion
Wiesbaden

LINKE&PIRATEN Rathausfraktion
Wiesbaden

Evelyn Zell
Fraktionsassistentin

Telefon: 0611 31-5426
Fax: 0611 31-5917
Email: evelyn.zell@wiesbaden.de

An den
Vorsitzenden des Ausschusses für
Planung, Bau und Verkehr
Herrn Dr. Uebersohn

- im Hause -

Wiesbaden, den 4. Februar 2020

Änderungsantrag der LINKE&PIRATEN Rathausfraktion zu Tagesordnungspunkt 23 der Tagesordnung I in der Sitzung des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr am 4. Februar 2020: 20-F-33-0002 Baumarkt am Petersweg - Alternative zu Hornbach - Antrag der Fraktionen von SPD und CDU vom 29.01.2020 -

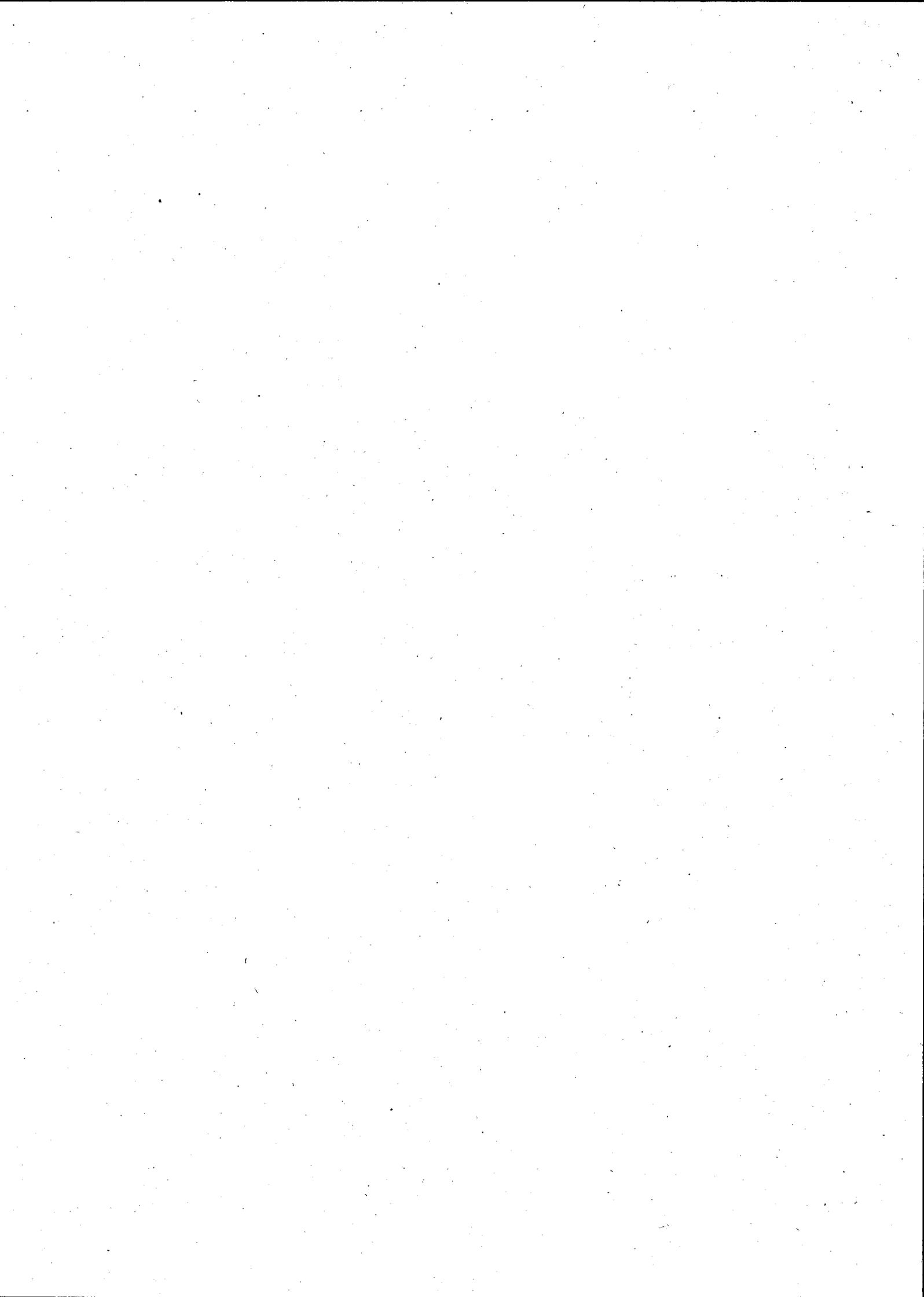
Der Ausschuss möge beschließen:

Der Antrag wird um den Punkt 3. wie folgt ergänzt:

3. zu berichten, ob Alternativen zu einem Garten- und Baumarkt geprüft wurden und wenn ja, welche?

gez. Brigitte Forßbohm
Stadtverordnete

f.d.R. Evelyn Zell
Fraktionsassistentin





Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Planung, Bau und
Verkehr -

Bereich Planung und Bau Punkt 5 der öffentlichen Sitzung am 17. März 2020

Vorlagen-Nr. 20-F-33-0002

Baumarkt am Petersweg - Alternative zu Hornbach

- Antrag der Fraktionen von SPD und CDU vom 29.01.2020 -
- Änderungsantrag der Fraktion Linke&Piraten vom 04.02.2020 -
- Protokollnotiz des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 04.02.2020 (PN 0028) -

Protokollnotiz Nr. 0061

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung verschoben.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, 19.03.2020


Dr. Uebersohn
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, 19.03.2020

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung


Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

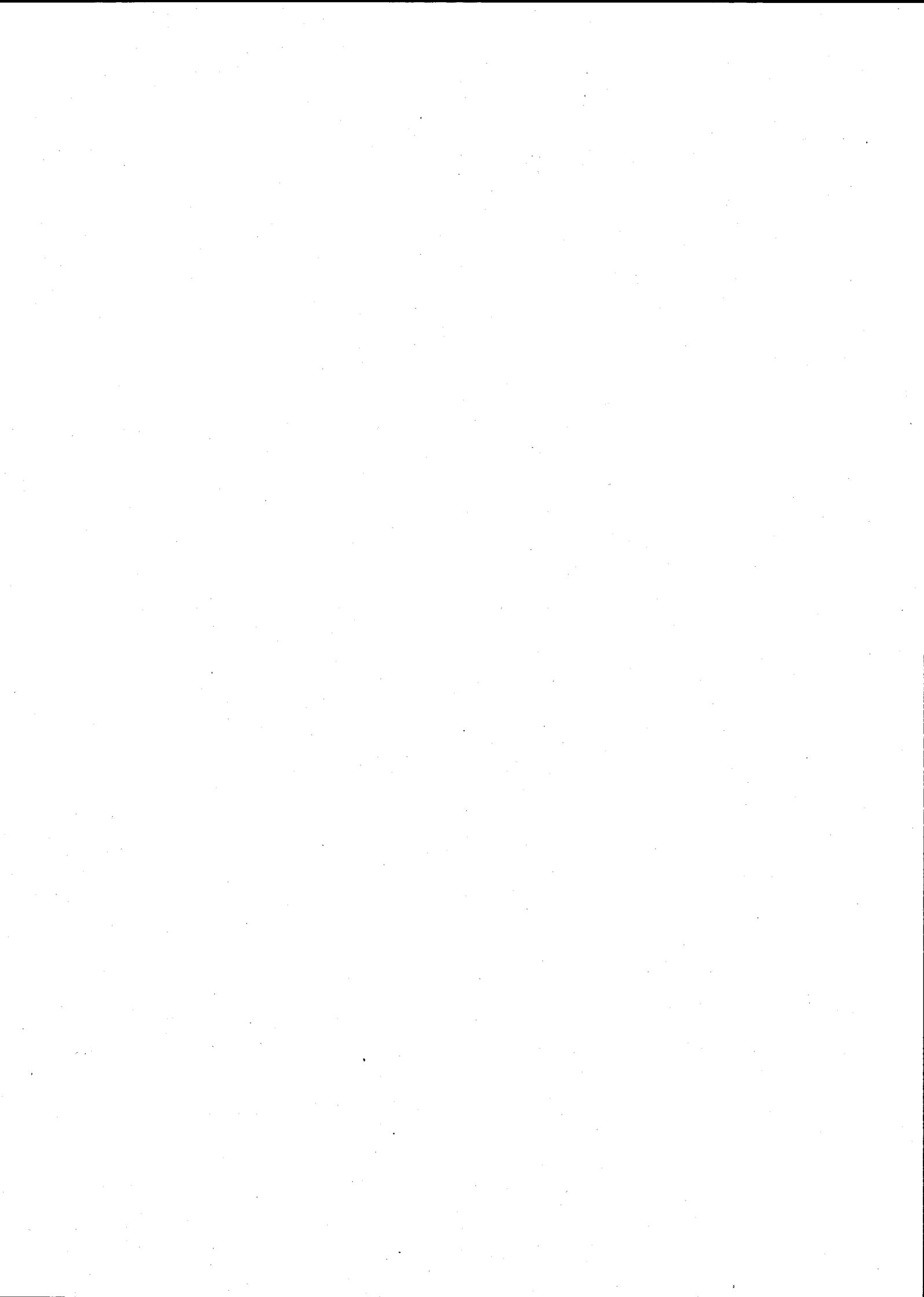
Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, 10.03.2020

Dezernat IV
mit der Bitte um Kenntnisnahme


Mende
Oberbürgermeister

26. März 2020





Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr -

Tagesordnungspunkt I Punkt 24 der öffentlichen Sitzung am 4. Februar 2020

Vorlagen-Nr. 20-F-05-0009

Dauer für die Erteilung von Baugenehmigungen in Wiesbaden
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 29.01.2020 -

Mit Drucksache 20/997 des Hessischen Landtages hat der Hessische Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen eine Übersicht über die durchschnittliche Dauer bis zur Erteilung von Baugenehmigungen in den hessischen Landkreisen sowie den kreisfreien und Statutarstädten übermittelt. Aus diesen Zahlen geht hervor, dass Wiesbaden im Vergleich mit anderen hessischen Kommunen besonders lange Wartezeiten für Baugenehmigungen hat. So liegt Wiesbaden im Kalenderjahr 2018 bei Baugenehmigungen nach § 65 HBO mit einer durchschnittlichen Dauer von 120 Tagen auf Platz 31 von insgesamt 34 untersuchten Kommunen und benötigt 70 Tage mehr zur Erteilung der Genehmigung als der Spitzenreiter Limburg.

Bei der Erteilung der Baugenehmigung für Sonderbauten (§ 66 HBO) liegt Wiesbaden mit einer durchschnittlichen Dauer von 210 Tagen im Jahr 2018 sogar auf dem vorletzten Platz im Vergleich. Hier beträgt der Unterschied zur zügigsten Kommune (Bad Hersfeld) sogar 135 Tage.

Gleichzeitig gibt die LHW an, dass in ca. 15% der Fälle eine Genehmigungsfiktion nach § 65 Abs. 2 Satz 3 HBO eintritt, d.h. Bauanträge drei Monate nach der vollständigen Einreichung automatisch als genehmigt gelten, da vonseiten der Bauaufsichtsbehörde kein Bescheid vorliegt. Die Stadt Frankfurt am Main berichtet für das Jahr 2018 dagegen von keiner einzigen Genehmigungsfiktion in ihrem Wirkungsbereich. Auch andere Kommunen berichten nur von Einzelfällen.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten:

1. wie er die deutlich längere Dauer bis zur Erteilung von Baugenehmigungen im Vergleich mit anderen hessischen Kommunen erklärt und bewertet?
2. wie er die Häufung der Genehmigungsfiktion nach § 65 Abs. 2 Satz 3 HBO in Wiesbaden erklärt und bewertet?
3. ob es verwaltungsinterne Zielmarken für die durchschnittliche Dauer der Bearbeitung von vollständigen Bauanträgen gibt und, wenn ja, wo diese liegen?
4. welche Verkürzungen er in der durchschnittlichen Bearbeitungszeit von Bauanträgen durch die im Haushalt 2020/2021 zugesetzten Stellen im Bauaufsichtsamt erwartet?

Protokollnotiz Nr. 0029

Der Tagesordnungspunkt wird aus Zeitgründen nicht behandelt.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, 11.02.2020


Dr. Uebersohn
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

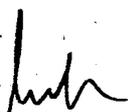
Wiesbaden, 12.02.2020

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung


Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, 13.02.2020


Mende
Oberbürgermeister 1312 Bc

14. Feb. 2020

Dezernat IV
mit der Bitte um Kenntnisnahme



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Planung, Bau und
Verkehr -

Bereich Planung und Bau Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 17. März 2020

Vorlagen-Nr. 20-F-05-0009

Dauer für die Erteilung von Baugenehmigungen in Wiesbaden
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 29.01.2020 -
- Protokollnotiz des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 04.02.2020 (PN 0029) -

Protokollnotiz Nr. 0062

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung verschoben.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, 19.03.2020


Dr. Uebersohn
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, 19.03.2020

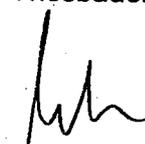
Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung


Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

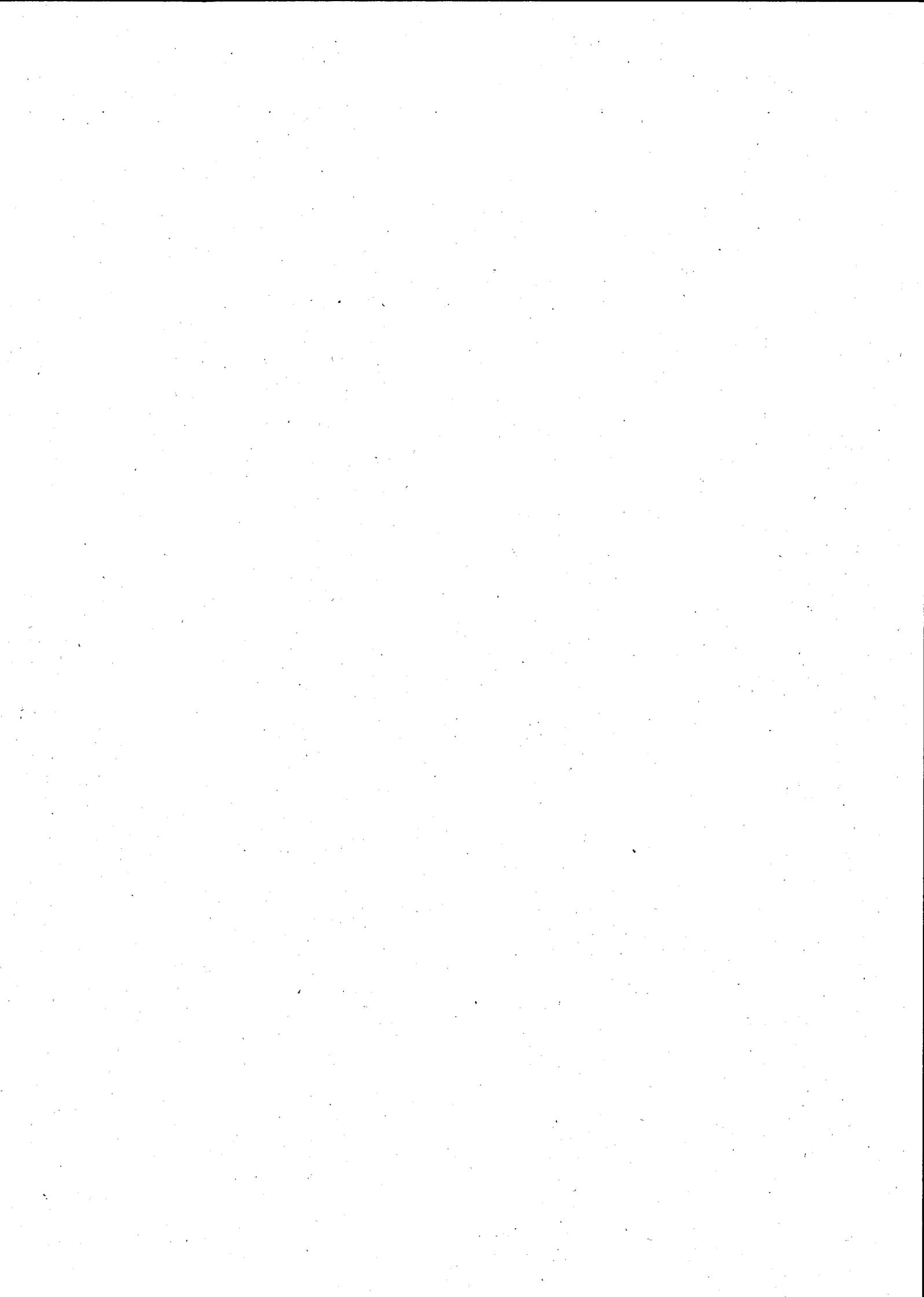
Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, 19.03.2020

Dezernat IV
mit der Bitte um Kenntnisnahme


Mende
Oberbürgermeister

29. März 2020



TOP 6/1



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr -

Tagesordnung I Punkt 25 der öffentlichen Sitzung am 4. Februar 2020

Vorlagen-Nr. 20-F-20-0003

Nutzungskontrollen von Garagen

- Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 29.01.2020 -

Laut eines Zeitungsberichts der Allgemeinen Zeitung vom 08.01.2020 beklagen Kostheimer Bürger die zunehmende Zweckentfremdung von Garagen in Kostheim und Kastel, ein Phänomen, das auch stadtweit für Probleme sorgt. In einem weiteren Artikel vom 10.01.2020 wird berichtet, dass die dafür zuständige Bauaufsicht nur dann tätig wird, wenn es auf konkrete Fälle hingewiesen wird.

Dabei ist der Zweck einer Garage nach § 44 HBO (3) Satz 1 gesetzlich geregelt: „Notwendige Stellplätze, Garagen und Abstellplätze dürfen nicht zweckentfremdet werden“.

Der Ausschuss möge beschließen;

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

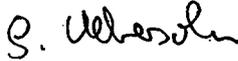
1. zu berichten, wie viele konkrete Hinweise es in den letzten fünf Jahren gab, wie vielen dieser Hinweise nachgegangen wurde, welche Maßnahmen unternommen wurden und ob dadurch die angezeigte Zweckentfremdung schließlich unterbunden werden konnte.
2. private Garagenbesitzer auf § 44 HBO (3) hinzuweisen, um die Besitzer dafür zu sensibilisieren, dass ihre Garage nicht zweckentfremdet werden darf.
3. weitere Maßnahmen (Öffentlichkeitsarbeit, Aufklärung, Kontrollen) zu prüfen und umzusetzen, die dafür sorgen, dass Garagen für ihren vorgesehenen Zweck genutzt werden

Protokollnotiz Nr. 0030

Der Tagesordnungspunkt wird aus Zeitgründen nicht behandelt.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, 11.02.2020


Dr. Uebersohn
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, 12.02.2020

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung



Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, 13.02.2020

Dezernat IV
mit der Bitte um Kenntnisnahme



Mende
Oberbürgermeister 1312 BZC

14. Feb. 2020



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Planung, Bau und
Verkehr -

Bereich Planung und Bau Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 17. März 2020

Vorlagen-Nr. 20-F-20-0003

Nutzungskontrollen von Garagen

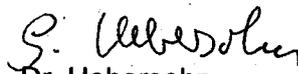
- Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 29.01.2020 -
- Protokollnotiz des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 04.02.2020 (PN 0030) -

Protokollnotiz Nr. 0063

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung verschoben.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, 19.03.2020


Dr. Uebersohn
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

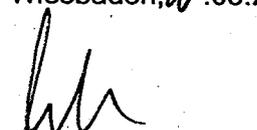
Wiesbaden, 19.03.2020

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung


Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, 19.03.2020


Mende
Oberbürgermeister

20. März 2020

Dezernat IV
mit der Bitte um Kenntnisnahme





Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Frauen, Wirtschaft und
Beschäftigung -

Bereich Wirtschaft: Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 4. Februar 2020

Vorlagen-Nr. 20-F-08-0006

Landschaftsverbrauch und Perspektive der Landwirtschaft in der Landeshauptstadt Wiesbaden

- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 29.01.2020 -

Durch die massiven Proteste von Bauern in den letzten Wochen erhielt die Situation der Landwirtschaft auch in der Landeshauptstadt Wiesbaden wieder eine größere Aufmerksamkeit. Dies veranlasste wohl auch Bürgermeister Dr. Franz sich als Wirtschaftsdezernent zur Bedeutung der Landwirtschaft für die Stadt grundsätzlich zu äußern. Bemerkenswert ist dabei auch seine Aussage „Im hochversiegelten Rhein-Main-Raum sei es wichtig, jeden Hektar Ackerkrume und Weideflächen zu erhalten“, wie ihn die Tagespresse am 4. Januar 2020 zitiert (Rhein-Main-Anzeiger, Seite 11). Dies ist umso bemerkenswerter angesichts der Tatsache, dass (trotz Ausrufung des „Klimanotstands“) bislang an den Planungen für zwei Gewerbegebiete und ein Mischgebiet in der Größenordnung von 125 Hektar im Bereich „Ostfeld/Kalkofen“ festgehalten wird. Ein erheblicher Teil dieser Fläche wird bislang landwirtschaftlich genutzt.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat möge zu folgenden Fragen berichten:

Wie hoch ist der Anteil landwirtschaftlich genutzter Fläche der durch die Entwicklung der beiden Gewerbegebiete und des Mischgebiets im Bereich „Ostfeld/Kalkofen“ überbaut werden soll und damit Landwirtschaft nicht mehr zur Verfügung stünde?

Wieviel Ackerfläche und naturnahe Flächen würden durch die zu schaffende Infrastruktur zur Versorgung und Anbindung des Projektgebiets „Ostfeld/Kalkofen“ (z. B. durch Zufahrtsstraßen, Autobahnanschluss und Citybahntrasse) verloren gehen?

Ist geplant, den betroffenen Landwirt*innen (Eigentümer*innen wie Pächter*innen) für die abzugebende Flächen Ersatzflächen zur Verfügung zu stellen? Wenn ja, wo stehen solche Flächen, die in landwirtschaftlich nutzbare, naturnahe Flächen umgewandelt werden könnten, zur Verfügung?

Welche negativen Folgen hätte der zu erwartende Verlust an Ackerflächen und naturnahen Flächen für die CO2-Bilanz (in Tonnen pro Jahr)?

Mit welchen wirtschaftlichen Konsequenzen ist durch Aufgabe von bäuerlichen Betrieben oder Einschränkung der Landwirtschaft zu rechnen (für die betroffenen Landwirt*innen und für die Landeshauptstadt Wiesbaden)?

Wie wurde der Verlust an landwirtschaftlichen Flächen durch die Verlegung des europäischen Hauptquartiers der US-Armee nach Wiesbaden und die Entwicklung der Gebiete „Petersweg West, Petersweg Ost, Erbenheim Süd, in Delkenheim und anderer Entwicklungsgebiete in der Nachbarschaft ausgeglichen?

Wieviel Hektar landwirtschaftliche Fläche gingen in den letzten zehn Jahren in der Landeshauptstadt Wiesbaden verloren?

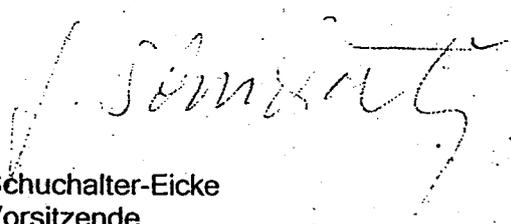
Beschluss Nr. 0008

Der Antrag wird an den Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr überwiesen.

14. FEB. 2020

~~1. Dem Vorsitzenden des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr mit der Bitte um weitere Veranlassung~~
2. Frau Stadtverordnetenvorsteherin mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung

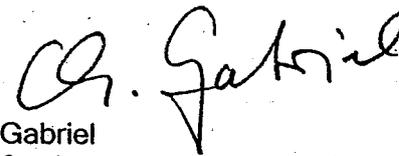
Wiesbaden, 10.02.2020


Schuchalter-Eicke
Vorsitzende

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, 12.02.2020

Dem Magistrat mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung


Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, 13.02.2020

14. FEB. 2020

Dezernat II, Dezernat IV und Dezernat V mit der Bitte um Kenntnisnahme


Mende
Oberbürgermeister
13/2 Bce



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Planung, Bau und
Verkehr -

Bereich Planung und Bau Punkt 8 der öffentlichen Sitzung am 17. März 2020

Vorlagen-Nr. 20-F-08-0006

Landschaftsverbrauch und Perspektive der Landwirtschaft in der Landeshauptstadt Wiesbaden
- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 29.01.2020 -
- Beschluss des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung vom 04.02.2020 (BP
0008) -

Protokollnotiz Nr. 0064

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung verschoben.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

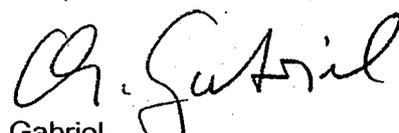
Wiesbaden, 19.03.2020


Dr. Uebersohn
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, 19.03.2020

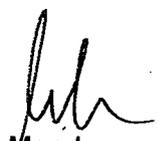
Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung


Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

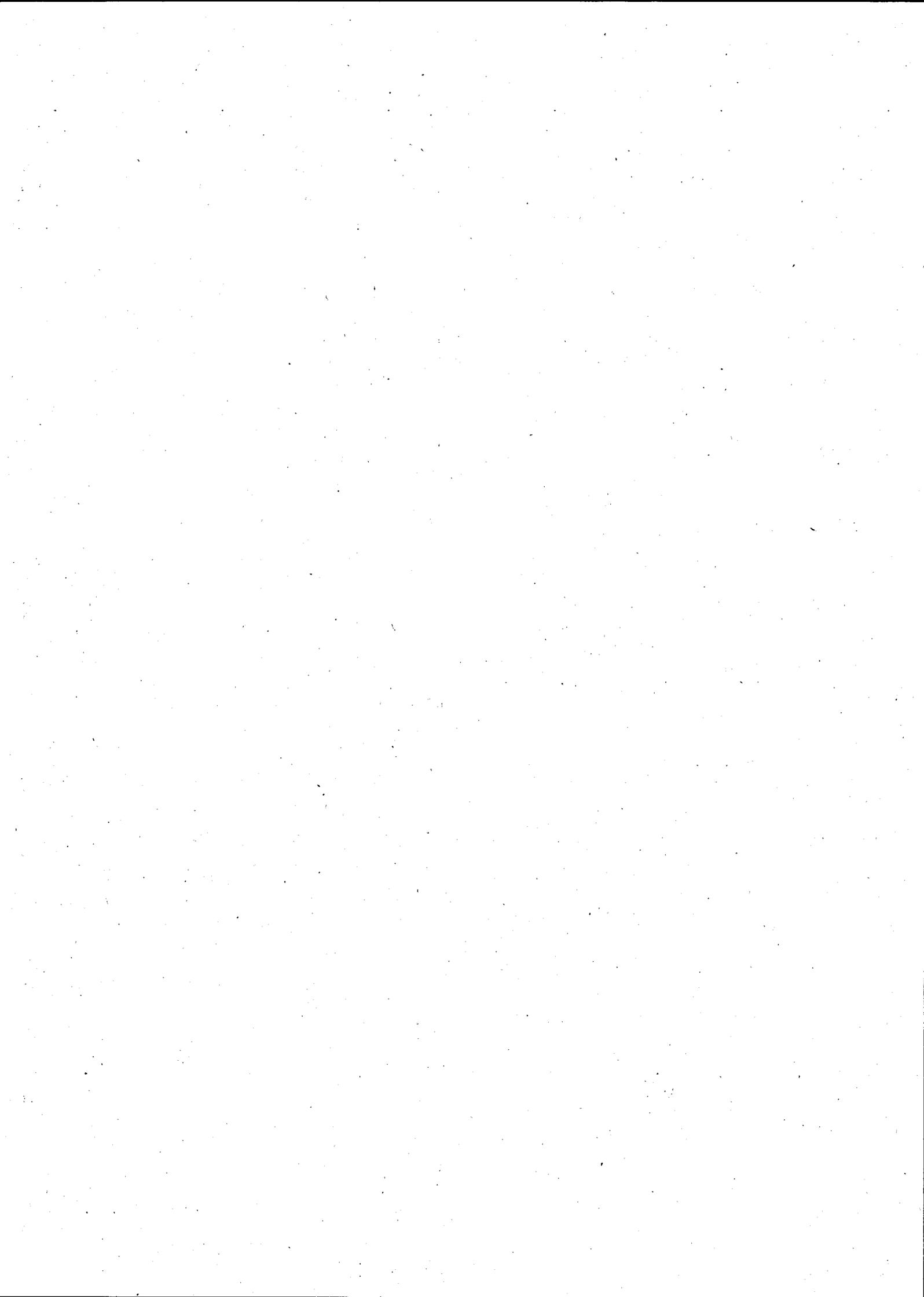
Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, 10.03.2020

Dezernat II, IV, V
mit der Bitte um Kenntnisnahme


Mende
Oberbürgermeister

26. März 2020





Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Planung, Bau und
Verkehr -

Bereich Planung und Bau Punkt 9 der öffentlichen Sitzung am 17. März 2020

Vorlagen-Nr. 20-F-08-0027

Zukunft Schelmengraben?

- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 11.03.2020 -

Überraschend hat sich die GWH, Wohnungsgesellschaft Hessen, vom ihrem Vorhaben verabschiedet, mittels Verdichtung 650 neue Wohnungen am Schelmengraben zu bauen. Davon sollten ca. 200 gefördert werden, das heißt, zu einer Miete von EUR 6,50 für geringe und EUR 8,50 für mittlere Einkommen angeboten werden.

Das Verdichtungsprojekt war zwar von Anbeginn auf Skepsis bei den Anwohner*innen gestoßen, da eine allgemeine Verbesserung der Wohnsituation zweifelhaft war und zu viele Fragen zur sozialen Infrastruktur und zur Verkehrssituation ungeklärt blieben. Andererseits schien das Projekt angesichts des drastischen Mangels an bezahlbarem Wohnraum in Wiesbaden Lösungen zu bieten.

383 Sozialwohnungen werden am Schelmengraben bis 2025 aus der Bindung fallen. Werden diese Wohnungen nun „aufgewertet“, können sie auf dem freien Wohnungsmarkt zu hohen Preisen vermietet oder verkauft werden. Der zumindest teilweise Ersatz durch neu gebaute Sozialwohnungen entfällt nun. Die Verdrängung weniger zahlungskräftiger Mieter*innen wird die Folge sein. Es wird berichtet, dass die GWH im großen Stil die Umwandlung bisheriger Sozialwohnungen - auch in den Seniorenwohnanlagen - in andere Formen betreibt. Bei frei finanzierten Wohnungen setzt die GWH bestimmte Einkommenshöhen voraus und lehnt Mieter*innen ab, die diese nicht erreichen, auch wenn sie über amtliche Zusagen für Wohngeld verfügen.

Es ist also zu befürchten, dass sich durch das Abrücken der GWH vom bisherigen Projekt die Lage am Wohnungsmarkt in Wiesbaden drastisch verschlechtert.

Der Ausschuss möge beschließen:

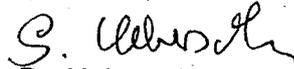
Der Magistrat wolle berichten,

1. was er zu tun gedenkt, um die Mietpreisbindungen am Schelmengraben zu erhalten und gegebenenfalls dauerhaft zu gestalten,
2. wie er gedenkt, die bevorstehende Verdrängung bisheriger Mieter*innen am Schelmengraben zu verhindern,
3. inwiefern durch eine Milieuschutzsatzung eine Verwandlung von Sozialwohnungen in Eigentumswohnungen oder hochpreisige Mietwohnungen für gehobene Einkommenschichten verhindert werden kann.

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung verschoben.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

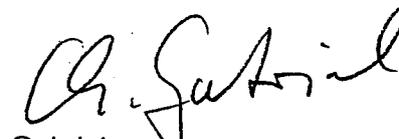
Wiesbaden, 19.03.2020


Dr. Uebersohn
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, 19.03.2020

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung


Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, 20.03.2020

Dezernat IV, VI
mit der Bitte um Kenntnisnahme


Mende
Oberbürgermeister

26. März 2020



Die Stadtverordnetenversammlung
- Haupt- und Finanzausschuss -

Tagesordnung II Punkt 17.1 der öffentlichen Sitzung am 6. Mai 2020

Vorlagen-Nr. 20-F-08-0032

Änderungsantrag der LINKE&PIRATEN Rathausfraktion Wiesbaden zu Top 17 der Tagesordnung II in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 6. Mai 2020

Schiersteiner Berg/Südlich der Dostojewskistraße

Der vorliegende Bebauungsplan „Südlich der Dostojewskistraße“ sieht eine stufenweise Neubebauung des Büro- und Verwaltungsstandorts in hoher baulicher Dichte vor, wobei die „Baumassenkonzentration durch Hochpunkte im Blockinnenbereich“ mit 12 bis 14 Geschossen erzielt werden soll. Die Projektgesellschaft OFB - Schiersteiner Berg GmbH & Co KG hat in Abstimmung mit dem Stadtplanungsamt ein Entwicklungskonzept für die Aufstellung des Bebauungsplans „Südlich der Dostojewskistraße“ erarbeitet, das bis 2036 stufenweise realisiert werden soll. Die sanierungsbedürftigen Bestandsgebäude sollen sukzessive abgerissen und durch Neubauten ersetzt werden. Dabei ist eine Erhöhung der Verdichtung um fast 60% der zu vermietenden Flächen vorgesehen. Abgemildert werden soll die Baumassenkonzentration durch eine so genannte „Blockrandbebauung“.

Alternativen zu diesem Konzept wurden nicht geprüft.

Nach dem jetzigen Konzept (siehe Bebauungsplan „Südlich der Dostojewskistraße“ im Ortsbezirk Südost, Anlage 4 zur SV-20-V-61-00-10, in: DL 06/29, Vorgang 18)) soll anders als in der Tradition der europäischen Stadt, die vielfältige Nutzungen mit Öffnung nach außen in den Straßenraum und Rückzugsbereiche im Innären vorsieht, genau umgekehrt verfahren werden:

Dienstleistungsangebot, Cafés, Restaurants und Kantinen sollen im Blockinneren angelegt werden, während Tiefgarageneinfahrten, Fluchttreppenhäuser und möglicherweise geschlossene Sockelzonen zum Straßenraum hin ausgerichtet werden sollen. Hierdurch würde sich insgesamt eher eine Abschottung nach außen ergeben. Es ist insofern mehr als fraglich, ob ein zentraler öffentlicher, städtischer Platzraum hier entstehen kann.

Laut Klimabewertungskarte der LH Wiesbaden (2009) handelt es sich bei dem Planungsgebiet um eine „Siedlungsfläche hoher passiver klimatischer Empfindlichkeit und mit negativer Bedeutung für die benachbarten Siedlungsstrukturen“. Derzeit bewirken die hohen Versiegelungsanteile dieser Flächen unzureichende nächtliche Abkühlungen und Feuchtzunahmen. Dem soll laut Bebauungsplan durch intensive Begrünung entgegengesteuert werden. Ob dies jedoch gewährleistet werden kann, ist angesichts der für den Bau von Tiefgaragen vorgesehenen Baumfällungen mehr als fraglich. Ebenso steht in Frage, ob „Begleitgrün“ - das Bäume ersetzen soll - verhindern kann, dass sich „Wärmeinseln“ zum Siedlungsrand hin weiter ausdehnen. Es stellt sich daher die Frage, ob eine ansprechende Außenraumgestaltung und Durchwegung auch ohne einen vollständigen Abbruch der sanierungsbedürftigen Bestandsgebäude geleistet werden kann, und nicht zu prüfen sei, ob auch unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten, bei Erhaltung der vorhandenen Betonstrukturen, ein Um- und Neubau im Bestand möglich ist. Betonentsorgung als auch Neubau mit Beton stellt eine enorme Klima- und Umweltbelastung dar.

Der Ausschuss wolle beschließen

Der Magistrat möge

1. prüfen, ob auf einen Komplettabriss der Bestandsgebäude am Schiersteiner Berg verzichtet werden kann,

2. eine Analyse vorlegen, die einen teilweisen Erhalt, eine gewisse Nachverdichtung, eine Umnutzung der Bestandsstrukturen, eine Neuordnung und Verbesserung der Außenräume und der Durchwegung, auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten, beurteilt,
3. prüfen, ob aufgrund der städtebaulichen Bedeutung des „Schiersteiner Bergs“ die Ausschreibung eines Ideenwettbewerbs sinnvoll wäre,
4. eine Bürgerbeteiligung nach den Wiesbadener Leitlinien einleiten, da es sich um ein bauliches Großprojekt von gesamtstädtischer Bedeutung handelt.

Beschluss Nr. 0139

Die Beratung des Antrags erfolgt in der Sitzung des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr am 23.06.2020.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, 12.05.2020



Belz
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, 19.05.2020

Herrn Vorsitzenden des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung



Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, 10.05.2020



Mende
Oberbürgermeister

Dezernat IV
mit der Bitte um Kenntnisnahme

22. MAI 2020 Uca

TCP MIT



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Planung, Bau und
Verkehr -

Tagesordnung II Punkt 9 der öffentlichen Sitzung am 23. Juni 2020

Vorlagen-Nr. 20-V-40-0011

Johannes-Maaß-Schule II. Bauabschnitt mit 2 Feld-Sporthalle - Ausführungsvorlage

Beschluss Nr. 0125

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr am 30.06.2020 verschoben.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .06.2020

Dr. Uebersohn
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .06.2020

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .06.2020

Dezernate III/40 und IV
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Mende
Oberbürgermeister

TOP MAAT



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Planung, Bau und
Verkehr -

Tagesordnung II Punkt 9.1 der öffentlichen Sitzung am 23. Juni 2020

Vorlagen-Nr. 20-F-20-0010

20-V-40-0011

Johannes-Maaß-Schule II. Bauabschnitt mit 2-Feldsporthalle - Ausführungsvorlage
- *Ergänzungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 22.06.2020* -

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Ausschuss schließt sich der Empfehlung an, den freien Bereich des Grundstücks nicht zu verkaufen und bittet den Magistrat, den Vorschlag zum Bau einer Kita oder einer anderen sozialen Infrastruktur auf dieser Fläche zu prüfen (Plausibilitätsprüfung, Seite 8, Ende dritter Absatz).

Beschluss Nr. 0145

Der Ergänzungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 22.06.2020 zur SV 20-V-40-0011 Johannes-Maaß-Schule II. Bauabschnitt mit 2-Feldsporthalle -Ausführungsvorlage wird auf die nächste Sitzung des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr am 30.06.2020 verschoben.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .06.2020

Dr. Uebersohn
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .06.2020

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .06.2020

Dezernate III/40 und IV
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Mende
Oberbürgermeister



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Planung, Bau und
Verkehr -

Tagesordnung II Punkt 17 der öffentlichen Sitzung am 23. Juni 2020

Vorlagen-Nr. 20-V-66-0208

Verkehrsentwicklungsplan Wiesbaden 2030 - Integriertes Handlungskonzept

Beschluss Nr. 0133

1. Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr am 30.06.2020 verschoben.
2. Die Fraktionen können Fragen zum Verkehrsentwicklungsplan über das Amt der Stadtverordnetenversammlung oder direkt an das Dezernat V richten, damit diese in der kommenden Sitzung beantwortet werden.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .06.2020

Dr. Uebersohn
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .06.2020

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

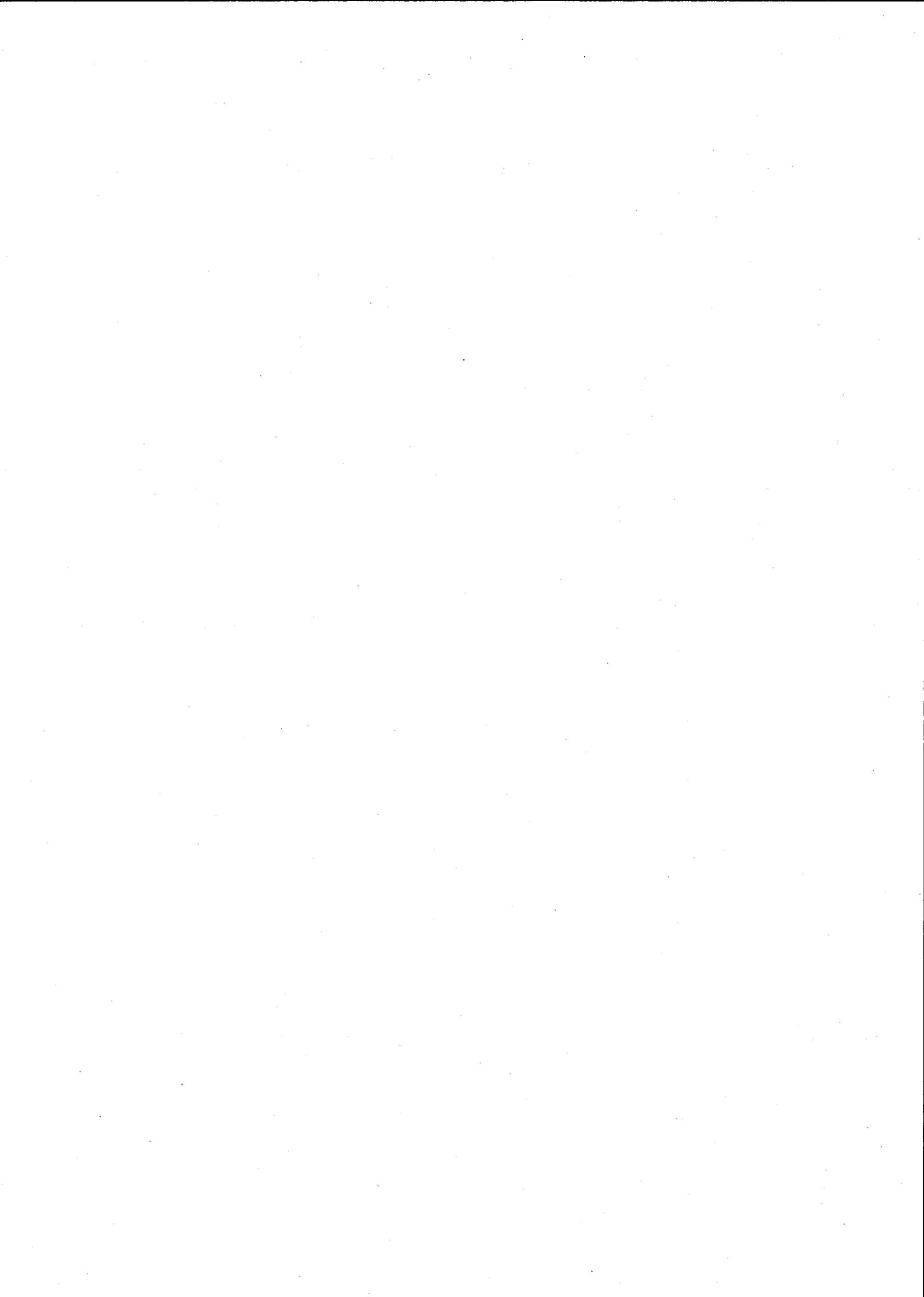
Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .06.2020

Dezernat V
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Mende
Oberbürgermeister





Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr -

Tagesordnung I Punkt 5 der öffentlichen Sitzung am 4. Februar 2020

Vorlagen-Nr. 19-F-20-0021

Fahrradverbindungen ins Wiesbadener Umland

- Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 26.11.2019 -

Während die Anbindungen entlang des Rheins bereits gut ausgebaut sind, eine Radschnellwegverbindung nach Mainz im kommenden Doppelhaushalt vorgesehen ist und sich die langfristigen Planungen für kommende Radschnellwegverbindungen in Richtung Frankfurt konkretisieren, fehlt es aktuell noch an der Anbindung Wiesbadens mit den umliegenden Taunusgemeinden.

Folgerichtig kam im zweiten Radverkehrsforum am 13. November 2019 vermehrt der Wunsch auf, Wiesbaden besser mit dem nördlichen Umland zu verbinden. Auch in der im März 2019 veröffentlichten Broschüre „Rad-Hauptnetz Hessen“ vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen werden für den Bereich der Landeshauptstadt Wiesbaden gravierende Netzlücken, vor allem zu den Zielen Taunusstein, Niedernhausen und Eppstein, aufgezeigt¹.

Notwendig sind alltagstaugliche Radverbindungen über die Platte und die Eiserne Hand in Richtung Taunusstein sowie aus den östlichen Wiesbadener Vororten nach Niedernhausen und nach Eppstein. Zum Teil erscheinen Bestandswege in das Konzept integrierbar, wie z.B. die mindestens teilweise asphaltierte Alte Straße in Richtung Platte. Da die benötigten Radwegeverbindung jedoch nicht alle innerhalb der Wiesbadener Stadtgrenzen liegen und denkbare Trassen parallel zu Bundes- und Landesstraßen liegen könnten, bedarf es einer gemeinsamen Initiative der Landeshauptstadt Wiesbaden, der umliegenden Gebietskörperschaften, des Landes Hessen sowie Hessen Mobil, um das Ziel einer umfassenden Vernetzung der Radwege zwischen Wiesbaden und dem Umland zu erreichen.

Der Ausschuss möge beschließen,

die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

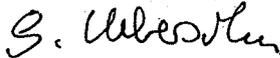
Der Magistrat wird gebeten, mit den umliegenden Gebietskörperschaften Taunusstein, Niedernhausen, Eppstein, dem Rheingau-Taunus-Kreis, dem Main-Taunus-Kreis, dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen sowie Hessen Mobil Gespräche aufzunehmen mit dem Ziel, ein Maßnahmenplan mit Zeitplan zu entwickeln, um das vorhandene Konzept der Rad-Hauptnetze für Wiesbaden und Region in die Praxis umzusetzen.

Protokollnotiz Nr. 0006

Der Tagesordnungspunkt wird aus Zeitgründen nicht behandelt.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, 11.02.2020


Dr. Uebersohn
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, 12.02.2020

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

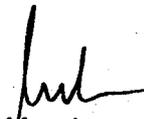

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, 13.02.2020

14. Feb. 2020

Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme


Mende
Oberbürgermeister
1312 Bz



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Planung, Bau und
Verkehr -

Bereich Verkehr Punkt 19 der öffentlichen Sitzung am 17. März 2020

Vorlagen-Nr. 19-F-20-0021

Fahrradverbindungen ins Wiesbadener Umland

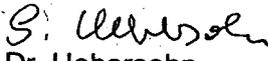
- Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 26.11.2019 -
- Protokollnotiz des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 04.02.2020 (PN 0006) -

Protokollnotiz Nr. 0075

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung verschoben.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

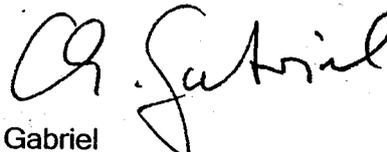
Wiesbaden, 19.03.2020


Dr. Uebersohn
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, 19.03.2020

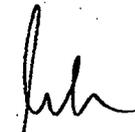
Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung


Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, 19.03.2020

Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme


Mende
Oberbürgermeister

26. März 2020





Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr -

Tagesordnung I Punkt 7.1 der öffentlichen Sitzung am 4. Februar 2020

Vorlagen-Nr. 20-F-05-0010

Instandsetzung der Theodor-Heuss-Brücke

- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 29.01.2020 -

Die unerwartet notwendig gewordene Instandsetzung der Theodor-Heuss-Brücke zwischen Mainz und Wiesbaden, sorgt für ein Verkehrschaos zwischen den beiden Hauptstädten. Zumindest auf der Seite der Wiesbadener Bürger ist dabei die seltsame Praxis bei der Vergabe von Ausnahmegenehmigungen für die Befahrung der Brücke mit Befremden zur Kenntnis genommen worden. So dürfen beispielsweise Karnevalsredner zwischen ihren Auftritten über die Brücke fahren. Pflegedienste und andere Anbieter sozialer Infrastruktur müssen jedoch längere Umwege in Kauf nehmen.

Da die Baustelle eine immense Belastung für den Verkehr in beiden Städten darstellt, müsste der Magistrat ein besonderes Interesse an der zügigen Fertigstellung der Bauarbeiten haben. Dennoch wurde bekannt, dass entgegen erster Versprechen an den Wochenenden nicht an der Baustelle gearbeitet werde. Der Magistrat erklärte dem Online-Portal merkurist.de hierzu, dass lediglich bei nicht abzusehenden Verzögerungen im Bauablauf Wochenendarbeit geprüft werde.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. ob er mit dem beauftragten Bauunternehmen vor Abschluss des Vertrages die Möglichkeit zur Wochenendarbeit diskutiert hat,
2. warum eine Wochenendarbeit letztlich nur im Notfall in Frage kommen soll,
3. welche Mehrkosten durch die Wochenendarbeit entstanden wären,
4. ob mit dem beauftragten Unternehmen Bonuszahlungen vereinbart worden sind, falls die Maßnahmen vor dem im Zeitplan vorgesehenen Zeitpunkt abgeschlossen und abgenommen sind,
5. welche Arbeiten genau an der Theodor-Heuss-Brücke vorgenommen werden.

Protokollnotiz Nr. 0008

Der Tagesordnungspunkt wird aus Zeitgründen nicht behandelt.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, 11.02.2020


Dr. Uebersohn
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, 12.02.2020

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung


Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, 13.02.2020

Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme


Mende
Oberbürgermeister

1312 82

14. Feb. 2020



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Planung, Bau und
Verkehr -

Bereich Verkehr Punkt 21 der öffentlichen Sitzung am 17. März 2020

Vorlagen-Nr. 20-F-05-0010

Instandsetzung der Theodor-Heuss-Brücke

- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 29.01.2020 -

- Protokollnotiz des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 04.02.2020 (PN 0008) -

Protokollnotiz Nr. 0077

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung verschoben.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

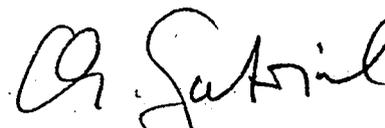
Wiesbaden, 19.03.2020


Dr. Uebersohn
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, 19.03.2020

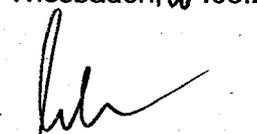
Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung


Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

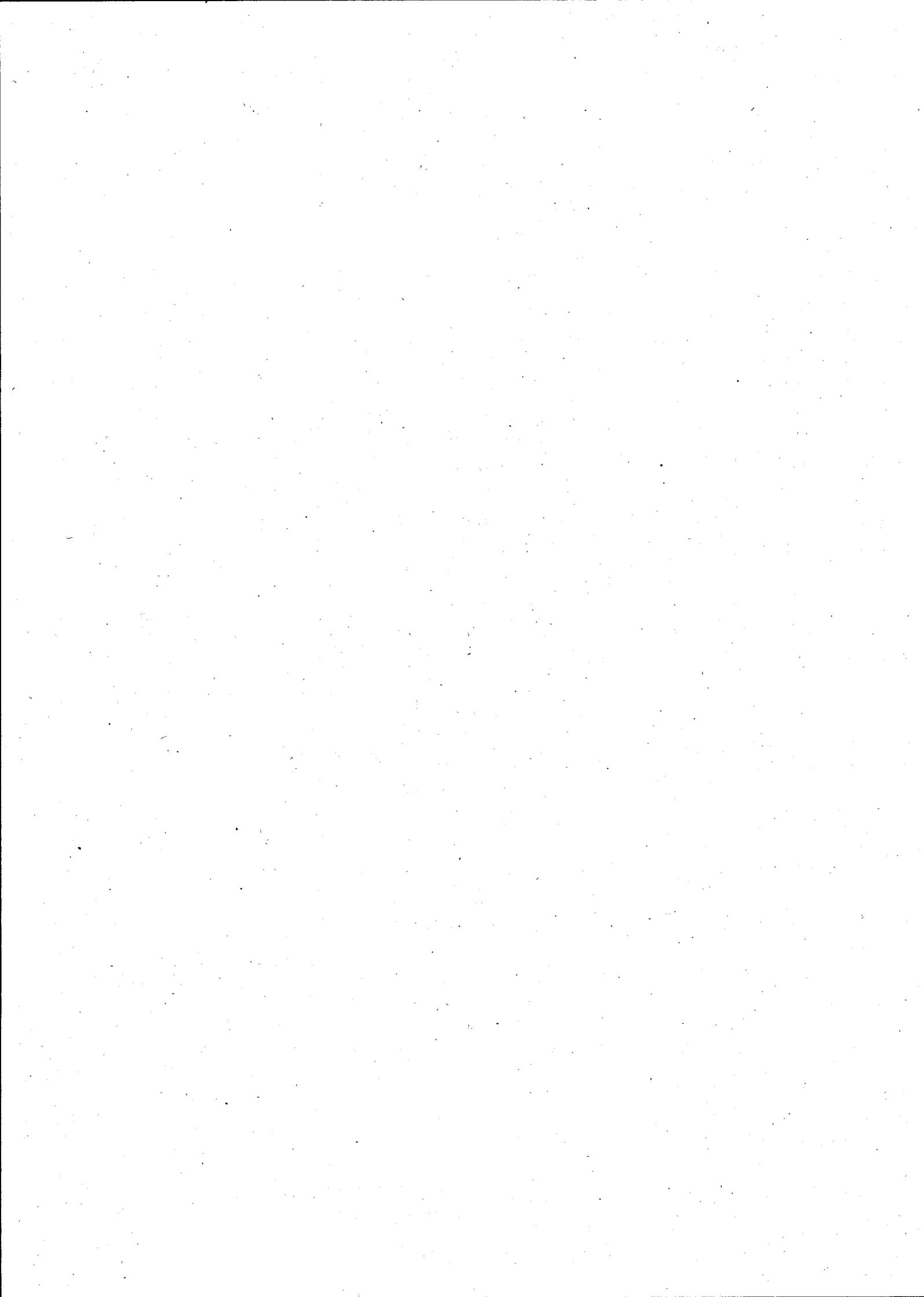
Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, 20.03.2020

Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme


Mende
Oberbürgermeister

20. März 2020



TOP 17 II



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr -

Tagesordnung I Punkt 7.2 der öffentlichen Sitzung am 4. Februar 2020

Vorlagen-Nr. 20-F-01-0001

Verkehrsuntersuchungen durch die Sperrung der Theodor-Heuss Brücke
- Antrag der SPD-Fraktion vom 29.01.2020 -

Die schlimmsten Befürchtungen vor einem Verkehrskollaps durch die Sperrung der Theodor-Heuss Brücke sind glücklicherweise nicht in dem Maße eingetreten, wie von vielen erwartet. Nach den ersten Anlaufschwierigkeiten haben sich der Verkehrsfluss „normalisiert“ und die Verkehrsteilnehmer angepasst. So geht man davon aus, dass der Anteil von Fußgängern- und Radfahrern über die Brücke markant angestiegen ist. Um mögliche Schlussfolgerungen aus diesem vierwöchigen unfreiwilligen „Modellversuch“ zu ziehen, sollte man konkrete Verkehrsdaten erheben.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird darum gebeten, ggf. in Zusammenarbeit mit der Stadt Mainz, zu berichten

1. ob die Änderungen im Verkehrsfluss und in der Verkehrsverlagerung (modal shift) erfasst wurden, und wenn ja, zu prüfen, welche Effekte das auf
 - die Verkehrsentslastung und -belastung in den anliegenden Stadtteilen hat (Mainz-Kastel, Mainz-Innenstadt etc.) hat.
 - die Nutzerzahlen und Beschleunigung des ÖPNVs hat.
 - den Luftreinhalteplan beider Städte hat.
2. die aus Ziffer 1 erhobenen Daten und Ergebnisse mit in die Planungen der City-Bahn einfließen zu lassen und die vorhandene Verkehrssimulation ggf. entsprechend anzupassen.

Protokollnotiz Nr. 0009

Der Tagesordnungspunkt wird aus Zeitgründen nicht behandelt.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, 11.02.2020


Dr. Uebersohn
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, *A*.02.2020

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung



Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, *B*.02.2020

14. Feb. 2020

Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme



Mende
Oberbürgermeister *16.31.2020*



LINKE & PIRATEN
Rathausfraktion
Wiesbaden

LINKE&PIRATEN Rathausfraktion
Wiesbaden

Evelyn Zell
Fraktionsassistentin

Telefon: 0611 31-5426
Fax: 0611 31-5917
Email: evelyn.zell@wiesbaden.de

An den
Vorsitzenden des Ausschusses für
Planung, Bau und Verkehr
Herrn Dr. Uebersohn

- im Hause -

Wiesbaden, den 4. Februar 2020

Änderungsantrag der LINKE&PIRATEN Rathausfraktion zu Tagesordnungspunkt 7.2 der Tagesordnung I in der Sitzung des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr am 4. Februar 2020: 20-F-01-0001 Verkehrsuntersuchungen durch die Sperrung der Theodor-Heuss Brücke - Antrag der SPD-Fraktion vom 29.01.2020 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Punkt 1 des Antrages wird wie folgt ergänzt:

Welche weiteren Maßnahmen wurden zur Linderung der erwarteten Beeinträchtigungen ergriffen und welche Ergebnisse hatten diese? (zum Beispiel die Fahrrad-Rikschas)

gez. Brigitte Forßbohm
Stadtverordnete

f.d.R. Evelyn Zell
Fraktionsassistentin





Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Planung, Bau und
Verkehr -

Bereich Verkehr Punkt 22 der öffentlichen Sitzung am 17. März 2020

Vorlagen-Nr. 20-F-01-0001

Verkehrsuntersuchungen durch die Sperrung der Theodor-Heuss Brücke

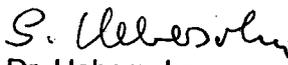
- Antrag der SPD-Fraktion vom 29.01.2020 -
- Änderungsantrag der Fraktion Linke&Piraten vom 04.02.2020 -
- Protokollnotiz des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 04.02.2020 (PN 0009) -

Protokollnotiz Nr. 0078

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung verschoben.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

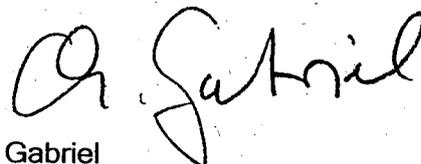
Wiesbaden, 19.03.2020


Dr. Uebersohn
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, 19.03.2020

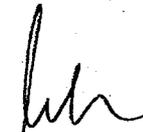
Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung


Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

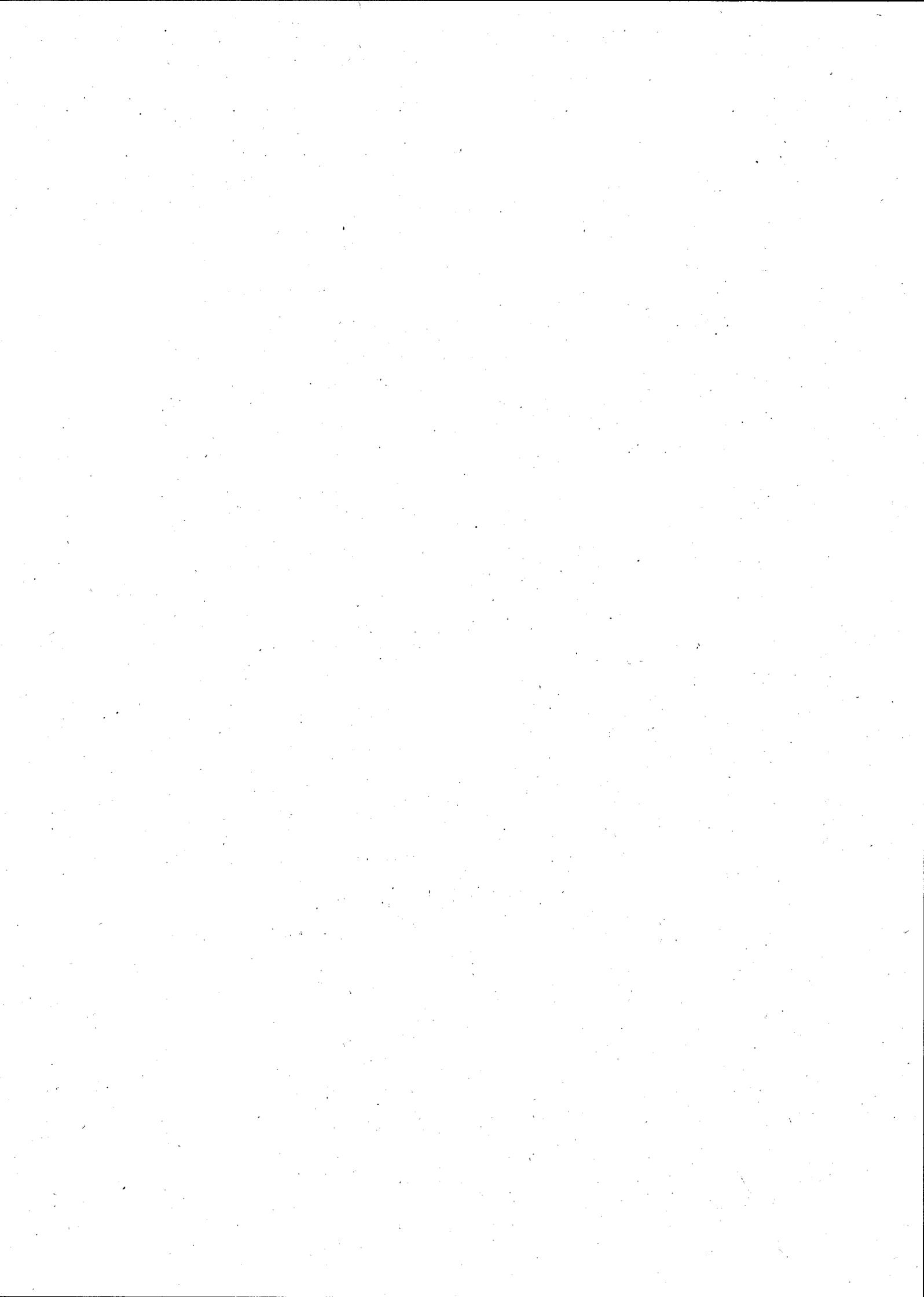
Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, 19.03.2020

Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme


Mende
Oberbürgermeister

26. März 2020



TOP 18 (I)



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Planung, Bau und
Verkehr -

Bereich Verkehr Punkt 23 der öffentlichen Sitzung am 17. März 2020

Vorlagen-Nr. 19-F-21-0022

Bericht zu den Ergebnissen der testweisen Einführung einer Haltezone für Elterntaxis an der Diesterwegschule

- Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 18.06.2019 (BP 0129) -
- Protokollnotiz des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 04.02.2020 (PN 0010) -

Protokollnotiz Nr. 0079

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung verschoben.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, 19.03.2020

Dr. Uebersohn
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, 19.03.2020

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, 10.03.2020

Mende
Oberbürgermeister

25. März 2020

Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme





Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr -

Tagesordnung I Punkt 5 der öffentlichen Sitzung am 18. Juni 2019

Vorlagen-Nr. 19-F-21-0022

Bericht zu den Ergebnissen der testweisen Einführung einer Haltezone für Elterntaxis an der Diesterwegschule
- *Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 14.05.2019 (BP 0116)* -

Beschluss Nr. 0129

1. Die Ausführungen von Herrn Conrad (Tiefbau- und Vermessungsamt) werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Magistrat wird gebeten, nach der Sommerpause dem Ausschuss einen Erfahrungsbericht zu geben.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .06.2019

Volk-Borowski
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .06.2019

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

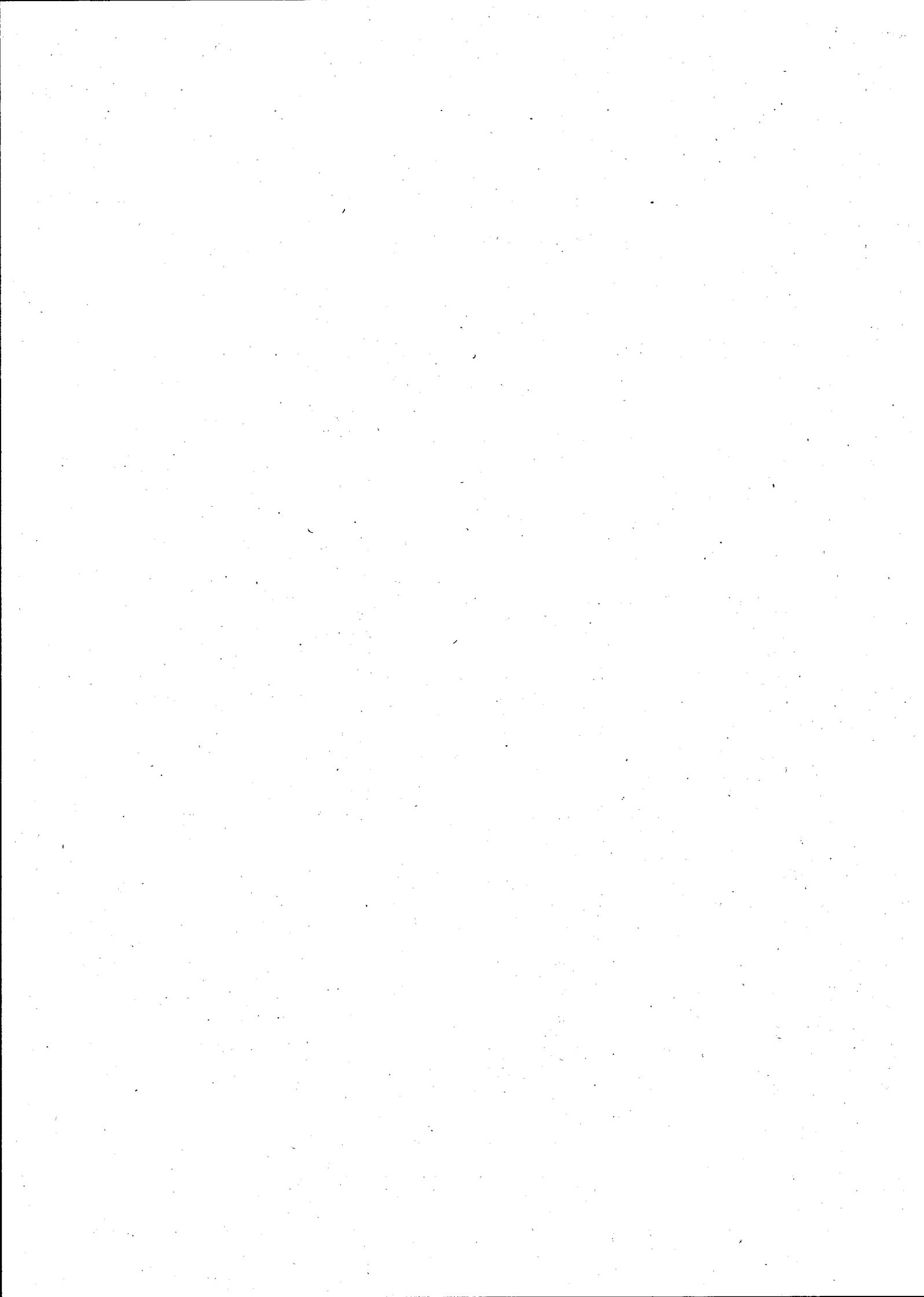
Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .06.2019

Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung zu Ziffer 2

Gerich
Oberbürgermeister



TOP 19 II

E 010400

LANDESHAUPTSTADT

11. Sep. 2019



über
Herrn Oberbürgermeister
Gert-Uwe Mende

fu 4.9. 4/19 bdr

Der Magistrat

über
Magistrat

Dezernat für Umwelt,
Grünflächen und Verkehr

und
Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Christa Gabriel

i.A. K. 26.09.19

Stadtrat Andreas Kowol

an den Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr

A . September 2019

Fahrradverleihsystem „meinRad“ evaluieren (Bericht des Magistrats zum Beschluss Nr. 0267 des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 4. Dezember 2018).
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion der Freien Demokraten vom 12.06.2019 -
Beschluss Nr. 0134 vom 18. Juni 2019, Vorlagen-Nr. 19-F-05-0025

Mit dem Bericht vom 5. April 2019 ist der Magistrat dem Beschluss Nr. 0267 des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 4. Dezember 2018 nachgekommen. Für die Freien Demokraten ergeben sich aus der Beantwortung einige Rückfragen.
Der Ausschuss möge daher beschließen:

Zu 1a:

Auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Wiesbaden gibt es zwei Anbieter, welche nicht durch städtische Mittel finanziert werden.

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten:

- a. Fanden nach Inbetriebnahme weitere Gespräche mit den Anbietern Deutsche Bahn und nextbike statt?
- b. Ist eine mögliche Koordination und Zusammenarbeit insbesondere bei der Verteilung von Leihradstationen geplant?
- c. Gab es von diesen beiden Anbietern bereits Beschwerden bei der LHW über rückgängige Nutzerzahlen?

Zu 1d:

Laut Presseberichterstattung häufen sich Fehlermeldungen beim Starten oder Beenden des Mietvorgangs.

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- a. Handelt es sich dabei um denselben Fehler, wie in der Anfangsphase?

- b. Sind die momentan auftretenden Fehler und die daraus resultierenden Schäden ebenso durch Gewährleistungsrechte abgedeckt?
- c. Die angehängte Grafik zeigt, dass die Nutzerzahlen grundsätzlich seit der Einführung und dem Ausschalten von Fake Accounts abgenommen - insbesondere im Hinblick auf Wintermonate. Welche Marketingmaßnahmen sind mit welchen Partner geplant, um diesen Trend umzukehren? Welches Budget wird dafür eingesetzt?

Zu 1e:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten:

- a. Welche Standorte der Stationen wurden dauerhaft versetzt?
- b. Welche Lösung wurde insbesondere für den Standort Webergasse gefunden?
- c. Wäre eine dauerhafte Versetzung nicht auch bei Standorten sinnvoll, die regelmäßig wegen z.B. Festen versetzt werden müssen? (z.B. Dernsches Gelände)

Zu 2a:

Zweifelsohne stellt die einmalige Registrierung in der Mobilitätszentrale eine hohe Zugangshürde - insbesondere für Touristen - dar. Angebote anderer Anbieter, wie z.B. der Deutschen Bahn und nextbike kommen ohne eine persönliche Vorsprache aus und machen das Kundenerlebnis somit deutlich bequemer. Nextbike verifiziert beispielsweise über PayPal oder mittels Testabbuchung von der Kreditkarte binnen weniger Sekunden. Der Bericht des Magistrats führt dagegen aus, dass unterschiedliche Verifizierungsmaßnahmen derzeit geprüft und mittelfristig umgesetzt werden könnten.

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- a. Welche Argumente sprechen gegen eine kurzfristige Umsetzung der Verifizierung mittels Kreditkarte oder Zahlungsanbieter, die nicht nur bei anderen Leihradanbietern, sondern auch im allgemeinen Onlinegeschäft Gang und Gäbe ist?
- b. Welche Verifizierungsmaßnahmen werden derzeit überhaupt geprüft?

Zu 2b:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten:

- a. Für welchen Zeitpunkt genau ist die Zusammenführung mit dem Mainzer System geplant?
- b. Wie wird sich dann die Preisstruktur verändern?
- c. Wann wird die reguläre Preisstruktur eingeführt?
- d. Im Jahr 2019 soll sich die Zahl der Fahrten im Vergleich zum Jahr 2018 verdreifachen. Hat sich diese Schätzung für das erste Quartal und die Teile des zweiten Quartals 2019 bisher bestätigt?

Berichtstext des Dezernates V:

Zu 1a:

- a. Seitens der beiden Anbieter Deutsche Bahn Connect GmbH und nextbike GmbH gab es bis dato keine Gesprächswünsche.
- b. Räder: Eine gemeinsame Verteilung der Mieträder zusammen mit der Deutschen Bahn Connect GmbH und nextbike GmbH ist derzeit nicht geplant. Die Deutsche Bahn ist derzeit mit einer Vermietstation am Hauptbahnhof in Wiesbaden vertreten. Da die Räder ausschließlich dort entnommen und zurückgegeben werden können, besteht kein Bedarf für eine gemeinsame Umverteilung der Räder.

Nextbike betreibt ein Vermietssystem mit ca. 200 Rädern in Wiesbaden, verteilt über 19 virtuelle Stationen. Ein Interesse seitens nextbike zur gemeinsamen Ausbringung der Räder ist nicht bekannt.

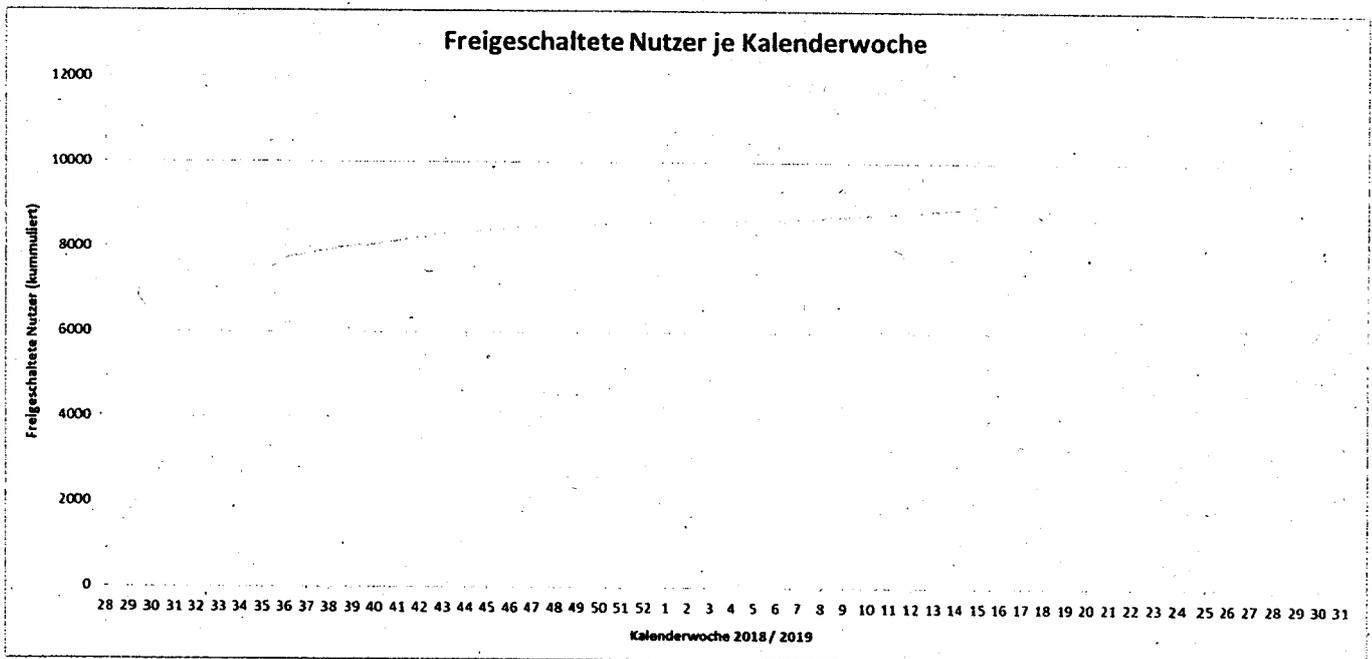
Stationen: Zusammen mit dem Tiefbau- und Vermessungsamt der Landeshauptstadt Wiesbaden wurden Standortwünsche von nextbike im Rahmen der Standortkoordinierung seitens ESWE Verkehr geprüft. Seither gab es diesbezüglich keine Rückmeldung von nextbike.

- c. Über rückgängige Nutzerzahlen seitens der Deutschen Bahn oder nextbike liegen keine Informationen vor, gleiches gilt für Beschwerden bei der Landeshauptstadt Wiesbaden.

Zu 1d:

- a. Die Fehlermeldung in der App, welche vermehrt zu Systemstart auftrat, konnte bereits eingedämmt werden. Der aktuell auftretende Fehler ist eine Folge der Arbeiten am System für die im Spätsommer geplante Systemzusammenführung zwischen den „meinRad“-Angeboten in Wiesbaden und Mainz. Künftig soll es den Nutzern nämlich möglich sein, mit einer einzigen Smartphone-App Räder in Wiesbaden und Mainz anmieten und in der jeweils anderen Stadt auch wieder abstellen zu können. In Zusammenarbeit mit den Entwicklern der Smartphone-App, des Hintergrundsystems und dem Schloss-Hersteller wird derzeit mit Hochdruck an der Behebung des Problems gearbeitet.
- b. Ein Gewährleistungsanspruch besteht hinsichtlich der Mangelfreiheit des Kaufgegenstandes zum Zeitpunkt der Übergabe an den Käufer. Die ESWE Verkehrsgesellschaft mbH hat die folgenden Bestandteile des Systems von der Mainzer Verkehrsgesellschaft gekauft: Stationen, Räder, Schlösser. Der derzeit auftretende Fehler ist ein Kommunikationsproblem zwischen dem Smartphone des Nutzers, dem „meinRad“-Hintergrundsystem sowie dem Hinterrad-Bügelschloss.

c. Die im letzten Bericht angehängte Graphik zeigt die täglichen Fahrten im Fahrradvermietsystem von ESWE Verkehr, nicht jedoch die Entwicklung der Nutzerzahlen. Witterungsbedingt finden während der Wintermonate weniger Fahrten mit dem Fahrrad statt als in den Sommermonaten. Abweichende Nutzungshäufigkeiten zwischen Sommer und Winter können bei einem Fahrradvermietsystem daher als normal eingestuft werden. Bei der Zunahme der Nutzerzahlen von „ESWE Verkehr meinRad“ konnte seit der Einführung im Juli 2018 eine gewisse Varianz festgestellt werden. Zu Beginn, im Juli und August 2018 war der Zuwachs der Nutzerzahlen, bedingt durch Missbrauchsfälle und Fake-Accounts, verhältnismäßig hoch. ESWE Verkehr verfolgt seither forciert das Ziel, einen „ESWE Verkehr meinRad“-Kundenstamm aufzubauen, welcher aus vertrauenswürdigen und validen Kunden besteht. Aus diesem Grund wurde im Herbst 2018 die Verifizierung der Kundendaten in der Mobilitätszentrale eingeführt. Seit Januar 2019 geht der Trend der freigeschalteten Nutzer nochmal deutlicher nach oben. Durchschnittlich lassen sich seit Anfang des Jahres jede Woche 72 Neukunden für das Fahrradvermietsystem „ESWE Verkehr meinRad“ freischalten, sodass mittlerweile über 10.000 freigeschaltete Kunden das Fahrradvermietsystem nutzen können (Stand 08.08.2019).



Die orangenen Fahrräder sind auffällig und gut sichtbar im Stadtbild und Straßenverkehr von Wiesbaden. Die zum Systemstart erfolgreich ausgerollte Marketing-Kampagne hat zu einem raschen Anstieg der Nutzeranmeldungen geführt. Außerdem zeigt ESWE Verkehr Präsenz bei Veranstaltungen in der Stadt und hat Inhalte in verschiedenen Medien zu „ESWE Verkehr meinRad“ geschaltet. Werbung für „ESWE Verkehr meinRad“ ist unter anderem hier zu finden: infomobil, sensor Wiesbaden, fritz-Magazin, Biebricher ADFC-Broschüre, Merkurist, Parktickets, Businnen- und Außenwerbung, intensive Bewerbung über SocialMedia Kanäle von ESWE Verkehr, „Sponsor of the day“ bei VCW im Frühjahr 2019, Bandenwerbung beim VCW, Baustraßenfest Hainweg, Mobilitätstag SoKa-Bau, Visionsforum intern. Weiterhin wurde ein Video über die Fahrradwerkstatt von ESWE Verkehr produziert und auf dem Youtube Kanal von ESWE Verkehr veröffentlicht. Im Rahmen der Systemzusammenführung ist eine umfangreiche Überarbeitung der meinRad-Webseite, der Printmedien und der

Stellenbesetzung vorgesehen und derzeit in Bearbeitung. Durch den umfangreichen Ausbau der Stationsanzahl im Stadtgebiet wurde die Wahrnehmbarkeit nochmal deutlich gesteigert. Der StreetScooter der Fahrrad-Umverteilung fährt täglich im Stadtgebiet und ist ebenfalls mit Werbung für „ESWE Verkehr meinRad“ beklebt.

Für Marketingmaßnahmen für meinRad, insbesondere die Systemzusammenführung, sind im Wirtschaftsplan von ESWE Verkehr 2019 75.000 € eingeplant.

Zu 1e:

- a. Eine Stationsversetzung ist an den Standorten Adolfsallee und Webergasse erfolgt.

Die dauerhafte Versetzung der Station Adolfsallee wurde am 23.04.2019 abgeschlossen, seitdem befindet sich die neue Station Adolfsallee mit fünf Abstellplätzen an der Einmündung der Unteren Albrechtstraße. Durch diese Maßnahme wurden zwei PKW-Stellplätze in der Adolfsallee wieder freigegeben.

Die Versetzung der Station Webergasse / Spiegelgasse wurde am 29.04.2019 abgeschlossen. Der neue Stationsstandort befindet sich nun vor dem Haus Webergasse Nr. 5 und besitzt 11 Abstellplätze. Durch diese Versetzung wurden zwei PKW-Stellplätze in der Webergasse wieder freigegeben.

- b. Der ehemalige Standort Webergasse wurde im April auf den gegenüberliegenden Platz versetzt. Der neue Standort wurde ebenfalls im Koordinationsverfahren abgestimmt. Die beiden Stellplätze des ehemaligen Standortes konnten somit wieder für Pkw freigegeben werden. Da der neue Standort weniger Bügel ermöglicht, jedoch zu den Top 10 der Stationen im gesamten Betriebsgebiet gehört, wird ein ergänzender Standort im Bereich Burgstraße/An den Quellen gesucht.

- c. Für neue Standorte wird grundsätzlich geprüft, ob durch Veranstaltungen oder Feste Beeinträchtigungen entstehen, mit dem Ziel, regelmäßige Versetzungen zu vermeiden.

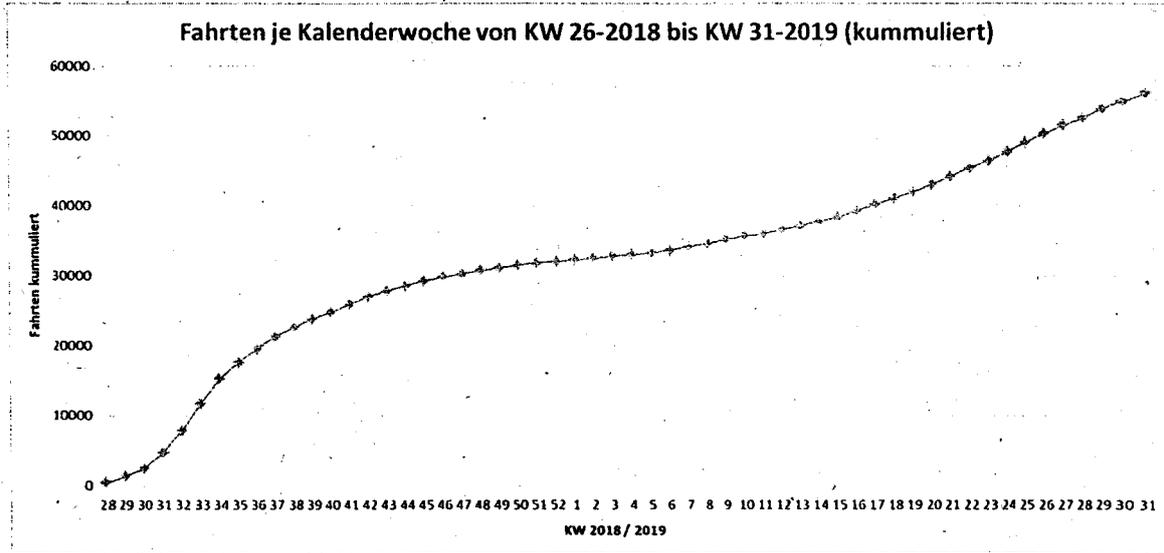
Für das Dernsche Gelände wird nach einem alternativen Standort gesucht, um den Standort bei großen Festen nicht versetzen zu müssen. Da insbesondere am Dernschen Gelände viele Nutzungsansprüche an die Flächen vor Ort gestellt werden (Weinfest-Kühlwagen, Marktbeschicker, Denkmalschutz, Stadtgestaltung, etc.) gestaltet sich die Standortsuche bislang als schwierig.

Zu 2a:

- a. Der Prozess der Zahlungsabwicklung ist eng mit dem Hintergrundsystem verwoben. Der aktuelle Zahlungsdienstleister bietet die oben genannten Optionen nicht an. Die Umstellung des Zahlungsdienstleisters ist bereits im Gespräch, wurde jedoch vor dem Hintergrund der Systemzusammenführung mit Mainz zurückgestellt. Eine technische Lösung zur Verifizierung der Kundendaten wird noch immer angestrebt. Die Alternativen zum derzeitigen Zahlungsanbieter wurden bereits geprüft. Das weitere, strategische Vorgehen befindet sich in Abstimmung mit der MVGmeinRad GmbH und ist abhängig von der Systemzusammenführung.
- b. Der Änderung des Zahlungsdienstleisters zum Anbieten weiterer Zahlungsmöglichkeiten und damit die Abdeckung der Verifizierung (z.B. Probebuchung Kreditkarte oder Paypal) wird geprüft und ist vorgesehen. Die Kosten für Paypal sind jedoch verhältnismäßig hoch. Obwohl SEPA-Zahlungen als relativ unsichere Zahlungsmöglichkeit gelten, sind diese noch immer eine wichtige Zahlungsmöglichkeit im deutschsprachigen Raum. Weiterhin wurde eine Verifizierung über Fotoupload geprüft, jedoch nicht als gute Lösung für den Kunden bewertet.

Zu 2b:

- a. Die Zusammenführung mit dem Mainzer Fahrradvermietsystem MVGmeinRad ist im Laufe des Septembers 2019 vorgesehen.
- b. Der vorgesehenen Preisstruktur wurde am 09.05.2018 vom Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr zugestimmt. Diese ist unter www.meinrad-wiesbaden.de einsehbar. Ankündigungen zu der neuen Preisstruktur wird es vor Inkrafttreten an alle Nutzer geben.
- c. Mit der Systemzusammenführung mit Mainz wird die reguläre Preisstruktur eingeführt.
- d. In 2018 wurden 32.087 Fahrten durch Kunden getätigt. Seit Januar 2019 fanden 24.151 Fahrten statt (Stand 08.08.2019). Ein Vergleich mit dem Vorjahr ist zu diesem Zeitpunkt noch nicht möglich, da keine Nutzungszahlen zu Winter und Frühjahr aus Vorjahren vorliegen und die Monate Juli/August durch die Fake-Account-Problematik keinen veritablen Vergleich ergeben. Grundsätzlich ist die Zahl der Nutzer und der Fahrten steigend - insbesondere abhängig von der Witterung. Eine Verdreifachung der Fahrten erscheint zum jetzigen Zeitpunkt als erreichbar, sofern die Monate mit Fake-Account-Problematik auf realistische Niveaus heruntergerechnet werden.



Mit freundlichen Grüßen



Vorlage Nr. 19-F-05-0025

Beschluss des Magistrats

Nr. 0795 vom 24. September 2019

*Fahrradsystem "meinRad" evaluieren (Bericht des Magistrats zum Beschluss Nr. 0267 des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 4. Dezember 2018)
Beschluss Nr. 0134 des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 18. Juni 2019*

Der Bericht des Dezernates V vom 1. September 2019 wird zur Kenntnis genommen.

+

+

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um weitere Veranlassung
(Originalbericht ist beigelegt)

Dezernat V z. K.

Wiesbaden, den 24. September 2019

Der Magistrat

Mende
Oberbürgermeister

sol

h.



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Planung, Bau und
Verkehr -

Bereich Verkehr Punkt 24 der öffentlichen Sitzung am 17. März 2020

Vorlagen-Nr. 19-F-05-0025

Fahrradsystem "meinRad" evaluieren (Bericht des Magistrats zum Beschluss Nr. 0267 des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 4. Dezember 2018)

- Bericht des Dezernates vom 01.09.2019 -

- Protokollnotiz des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 04.02.2020 (PN 0011) -

Protokollnotiz Nr. 0080

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung verschoben.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, 19.03.2020


Dr. Uebersohn
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, 19.03.2020

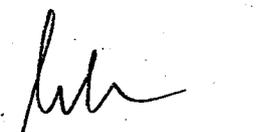
Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung


Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

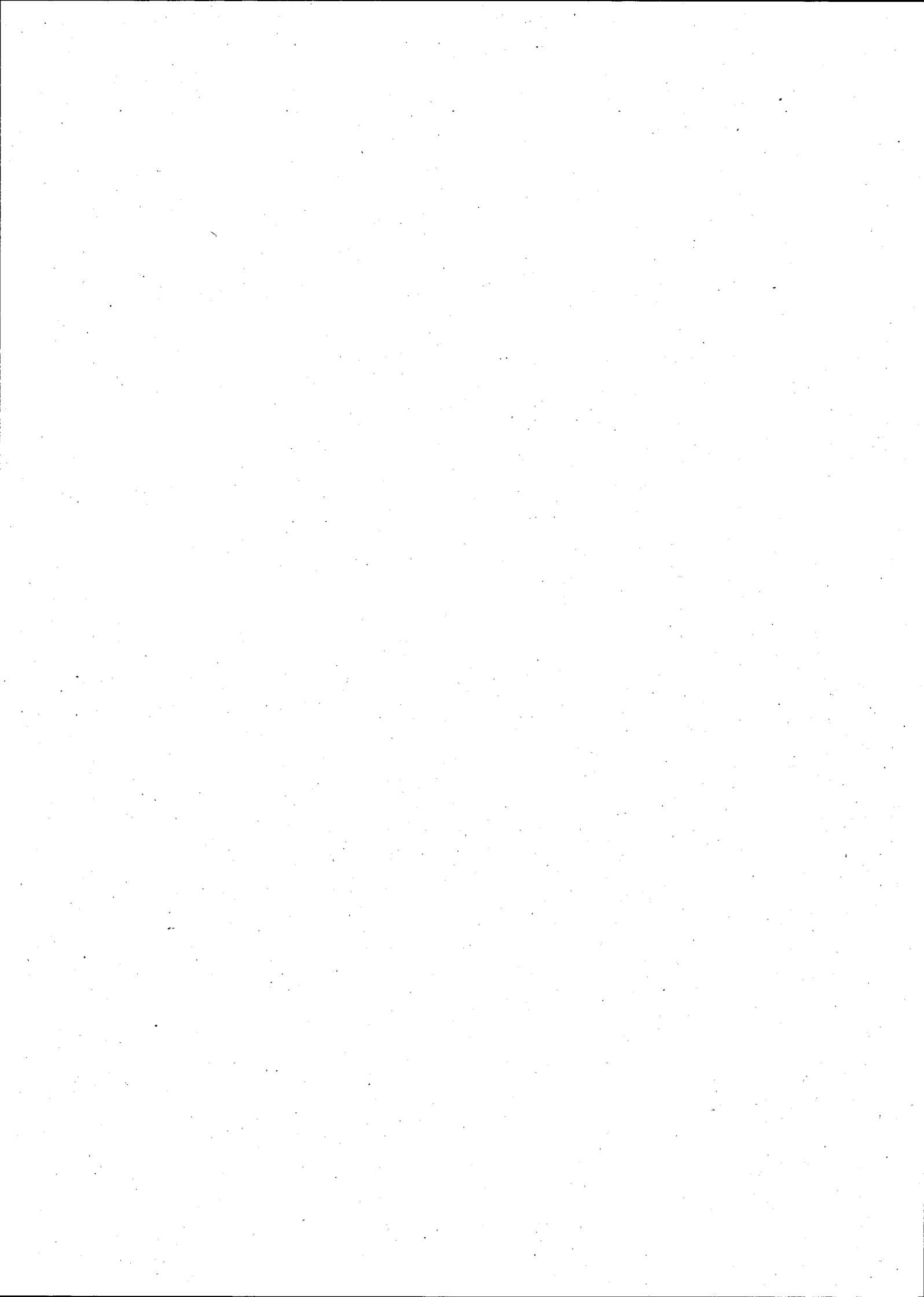
Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, 19.03.2020

Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme


Mende
Oberbürgermeister

28. März 2020





Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr -

Tagesordnung I Punkt 12.1 der öffentlichen Sitzung am 4. Februar 2020

Vorlagen-Nr. 20-F-02-0006

Freie Parkplätze schneller finden, Parkplatzsuchverkehr verringern
- Antrag der CDU-Rathausfraktion vom 29.01.2020 -

Seit geraumer Zeit nutzen große Firmen und Einzelhandelsunternehmen eine Sensortechnik um das Parken auf den von ihnen bereitgestellten Flächen zu managen. Unter anderem kann die Technik dazu verwendet werden, auf welchen Flächen an welchen Positionen Stellplätze verfügbar sind. Dabei registriert ein auf der Bodenfläche eines Stellplatzes installierter Sensor, wenn der Platz von einem Auto belegt ist und meldet dies über IKT (Informations- und Kommunikationstechnik).

Dieses Verfahren bietet Chancen und Möglichkeiten für das Parkraummanagement der Stadt Wiesbaden, denn durch den Einsatz von Sensoren könnte der Parkplatzsuchverkehr erheblich reduziert werden. Als Service für Autofahrer und gleichzeitig als Beitrag zum Schutz der Umwelt könnten mithilfe der Sensoren freie Parkplätze festgestellt werden. Diese könnten dann beispielsweise in einer App den Autofahrern und Autofahrerinnen angezeigt werden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

1. zu berichten, wie er die Potentiale eines oben beschriebenen Parkraummanagements mittels Sensortechnik auf durch die LHW bewirtschafteten Parkflächen einschätzt;
2. zu berichten, wie er einer möglichen Erprobung/einem Testversuch auf ausgewählten Parkflächen gegenübersteht;
3. zu prüfen und zu berichten, welche Flächen sich für eine Testphase eignen würden;
4. zu prüfen und zu berichten, ob neben von der LHW betriebenen Parkflächen am Straßenrand auch die Daten von den Parkhäusern in eine App (oder ähnliches zielführendes Angebot) übernommen werden können.

Der Magistrat wird bei der Beantwortung gebeten mögliche Referenzen aus anderen Kommunen anzugeben und darzulegen welche positiven Effekte die Sensorlösung auf die Umwelt respektive die CO₂-Belastung in Wiesbaden haben kann.

Protokollnotiz Nr. 0014

Der Tagesordnungspunkt wird aus Zeitgründen nicht behandelt.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, 11.02.2020


Dr. Uebersohn
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, 10.02.2020

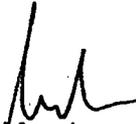
Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung


Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, 13.02.2020

Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme


Mende
Oberbürgermeister 13/2 82

14. FEB. 2020



LINKE & PIRATEN
Rathausfraktion
Wiesbaden

LINKE&PIRATEN Rathausfraktion
Wiesbaden

Evelyn Zell
Fraktionsassistentin

An den
Vorsitzenden des Ausschusses für
Planung, Bau und Verkehr
Herrn Dr. Uebersohn

Telefon: 0611 31-5426
Fax: 0611 31-5917
Email: evelyn.zell@wiesbaden.de

- im Hause -

Wiesbaden, den 4. Februar 2020

Änderungsantrag der LINKE&PIRATEN Rathausfraktion zu Tagesordnungspunkt 12.1 der Tagesordnung I in der Sitzung des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr am 4. Februar 2020: 20-F-02-0006 Freie Parkplätze schneller finden, Parkplatzsuchverkehr verringern - Antrag der CDU-Rathausfraktion vom 29.01.2020 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Antrag wird um den Punkt 5. wie folgt ergänzt:

5. zu prüfen, ob eine App eingerichtet werden kann, mit der ein direkter Zugang zu den Daten zur Parkhausauslastung auf wiesbaden.de ohne Umweg über einen privaten AppStore ermöglicht wird.

gez. Brigitte Forßbohm
Stadtverordnete

f.d.R. Evelyn Zell
Fraktionsassistentin





Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Planung, Bau und
Verkehr -

Bereich Verkehr Punkt 26 der öffentlichen Sitzung am 17. März 2020

Vorlagen-Nr. 20-F-02-0006

Freie Parkplätze schneller finden, Parkplatzsuchverkehr verringern

- Antrag der CDU-Rathausfraktion vom 29.01.2020 -
- Änderungsantrag der Fraktion Linke&Piraten vom 04.02.2020 -
- Protokollnotiz des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 04.02.2020 (PN 0014) -

Protokollnotiz Nr. 0082

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung verschoben.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

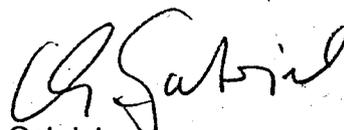
Wiesbaden, 19.03.2020


Dr. Uebersohn
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, 19.03.2020

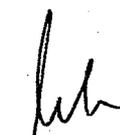
Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung


Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

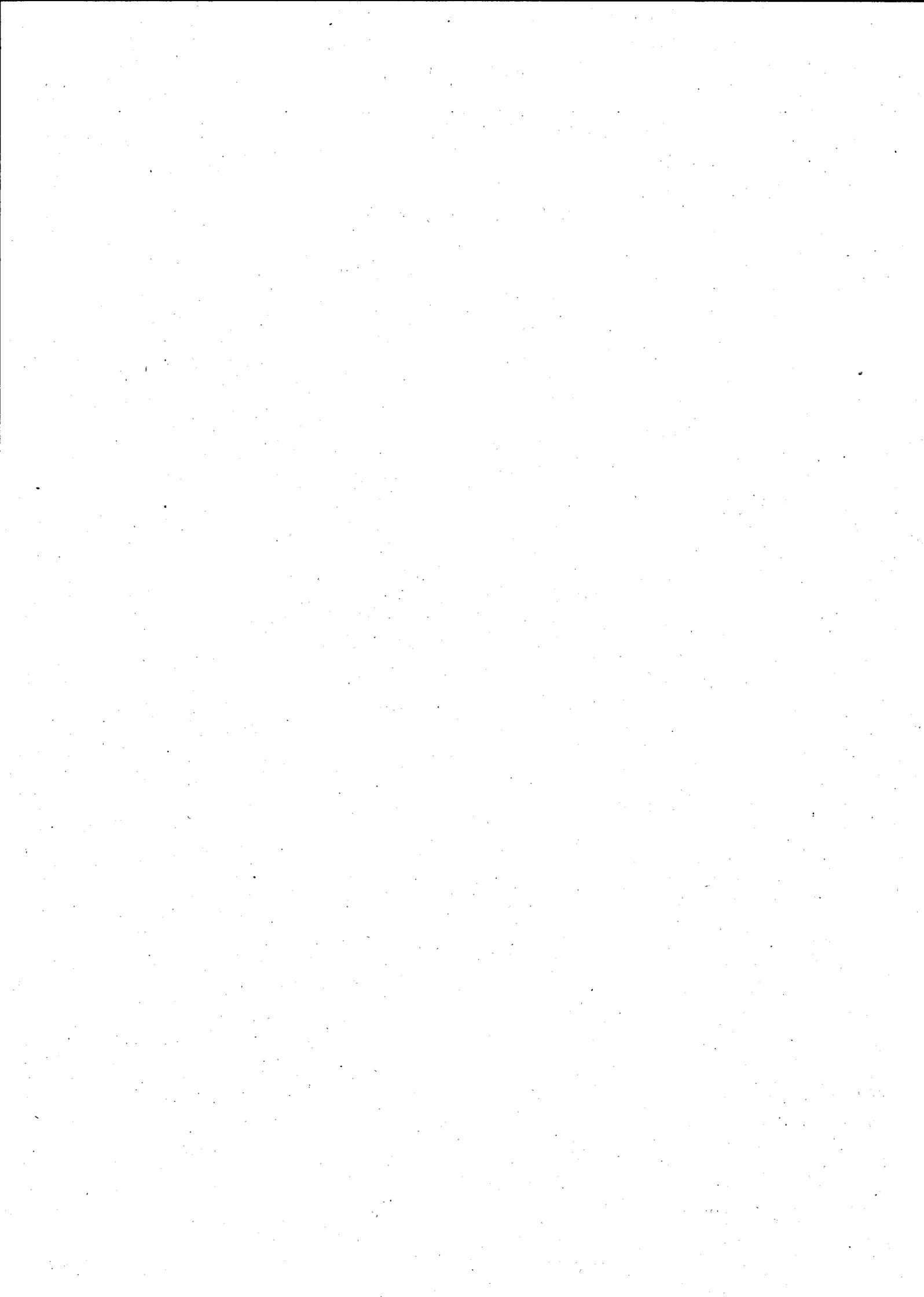
Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, 20.03.2020

Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme


Mende
Oberbürgermeister

26. März 2020





Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr -

Tagesordnung I Punkt 12.2 der öffentlichen Sitzung am 4. Februar 2020

Vorlagen-Nr. 20-F-02-0005

Entwicklung von Parkraum in Wiesbaden
- Antrag der CDU-Rathausfraktion vom 29.01.2020 -

Die Steuerung und Planung des Verkehrs ist ein aktuell brennendes und weit in die Zukunft reichendes Thema, gerade auch in Wiesbaden. Insbesondere seit den Anstrengungen um die Abwendung des Dieselfahrverbots und den damit eingeleiteten Maßnahmen im Rahmen des Luftreinhalteplans sowie dem Einleiten der Verkehrswende wird diese Thematik regelmäßig in den Gremien der Landeshauptstadt Wiesbaden behandelt.

Zu den zu berücksichtigenden Aspekten zählen auch individuelle Präferenzen und die Entwicklung des Modal Splits. Dieser hat sich in den letzten Jahren nur marginal verändert. Der Umfrage „Leben in Wiesbaden 2018 - Fakten und Einstellungen zum Thema Verkehr“ zufolge nutzen 55 % der Wiesbadener*innen (fast) täglich den Pkw. Zum Vergleich: 2016 betrug der Anteil noch 47 %. Das Auto ist somit nach wie vor das meistgenutzte Verkehrsmittel in Wiesbaden, eine maßgebliche Veränderung dieses Anteils ist nicht zu erwarten. Auch im Rahmen der Siedlungs- und Verkehrsprognosen ist festzustellen, dass bei steigender Einwohnerzahl der Individualverkehr, wenn auch in deutlich geringerem Maß, dennoch weiter an Zuwachs gewinnt.

Für Wiesbaden bedeutet dies, dass neben dem unbestritten dringend benötigten Ausbau des Radwegenetzes und der Optimierung des ÖPNVs die Berücksichtigung des motorisierten Individualverkehrs, was insbesondere auch die Bereitstellung von Parkraum einschließt, wichtig ist. Um unnötigen und umweltschädlichen Parksuchverkehr zu reduzieren, ist Handeln zwingend geboten. Bau und Betrieb städtischer Parkflächen und deren verkehrsmäßiger Anbindung können nicht nur Parksuchverkehre vermeiden, sie schaffen vielmehr auch Struktur und Freiräume in der Stadt, so sind geeignet, auch für Anwohner Lösungen zu bieten. Damit einher geht auch eine verbesserte Erreichbarkeit der Innenstadt. Dies stärkt den innerstädtischen Einzelhandel. Neben der Anbindung von städtischen Parkplätzen und Parkhäusern an den ÖPNV sind innovative Ideen und Konzepte, z.B. die Bereitstellung eines im Parkticket integrierten, auf bestimmte Strecken oder „Points of Interest“ wie z.B. die Fußgängerzone, begrenzten Shuttleservice denkbar.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

1. zu berichten, wie das Angebot an städtischen Parkhäusern und Parkflächen in und um Wiesbaden künftig ausgebaut werden soll;
2. zu prüfen, ob und wie städtische Parkflächen bzw. Parkhäuser an den folgenden Standorten realisiert werden können
 - Prinzessin-Elisabeth-Straße: städtisches Grundstück in direkter Nachbarschaft des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration
 - Hochkreisel Kastel: Errichtung eines Parkhauses zwischen Rampenstraße und Ludwigsrampe
 - Elsässer Platz: Ersatz des bisherigen Parkplatzes durch ein Parkhaus mit größerem Fassungsvermögen
 - ggf. weitere geeignete Orte;

3. zu berichten, ob es bereits Planungen gibt, an den unter 2 genannten Orten Parkraum zu entwickeln und welche konkreten Maßnahmen bereits umgesetzt werden;
4. zu prüfen und zu berichten
 - wie ein Shuttle-Service zwischen (städtisch) betriebenen Parkflächen und Innenstadt/„Points of Interest“ angeboten kann;
 - wie ein auf städtische Parkflächen beschränktes Parkticket angeboten werden kann, das die Nutzung des Shuttle-Service auf bestimmten Strecken bzw. Distanzen beinhaltet;
 - ob und inwieweit eine Beteiligung der innerstädtischen Wirtschaftsbetriebe möglich ist.
 - Der Magistrat wird gebeten, sich mit den Gewerbevereinen der Innenstadt wie auch der Stadtbezirke ins Benehmen zu setzen, und jeweils geeignete Modelle zu erarbeiten.

Protokollnotiz Nr. 0015

Der Tagesordnungspunkt wird aus Zeitgründen nicht behandelt.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

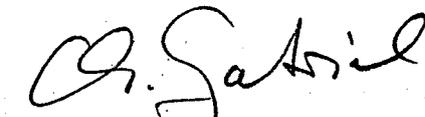
Wiesbaden, 11.02.2020


Dr. Uebersohn
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, 12.02.2020

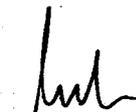
Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung


Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, 13.02.2020

Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme


Mende
Oberbürgermeister 1312 BOK

14. Feb. 2020



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Planung, Bau und
Verkehr -

Bereich Verkehr Punkt 27 der öffentlichen Sitzung am 17. März 2020

Vorlagen-Nr. 20-F-02-0005

Entwicklung von Parkraum in Wiesbaden

- Antrag der CDU-Rathausfraktion vom 29.01.2020 -

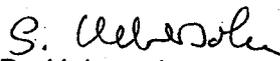
- Protokollnotiz des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 04.02.2020 (PN 0015) -

Protokollnotiz Nr. 0083

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung verschoben.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

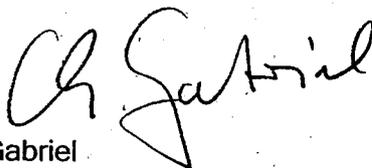
Wiesbaden, 19.03.2020


Dr. Uebersohn
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, 19.03.2020

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung


Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, 10.03.2020

Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme


Mende
Oberbürgermeister

26. MÄRZ 2020





Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr -

Tagesordnung I Punkt 11 der öffentlichen Sitzung am 3. Dezember 2019

Vorlagen-Nr. 19-F-10-0030

Abgabe kostenloser Fahrscheine durch ESWE-Verkehr
- Antrag der AfD Stadtverordnetenfraktion vom 26.11.2019 -

Begründung:

Viele Unternehmen in der freien Wirtschaft verschenken Probepackungen, um für sich zu werben und auf ihre Produkte aufmerksam zu machen. Sie finanzieren diese Ansichtsmuster und Streuartikel aus eigenen Mitteln.

Etwas ganz anderes ist es, wenn die städtische ESWE-Verkehrsgesellschaft zu Werbezwecken kostenlose Fahrscheine verteilt, wie beispielsweise auf dem 2. Symposium zum Mobilitätsleitbild der Stadt Wiesbaden am 12. November 2019 im RMCC geschehen.

ESWE-Verkehr steht nicht im Wettbewerb, sondern ist auf dem Stadtgebiet der Landeshauptstadt Wiesbaden der einzige Anbieter für öffentlichen Nahverkehr.

Wie alle kommunalen ÖPNV-Anbieter ist die konkurrenzlose Wiesbadener Verkehrsgesellschaft zudem hochgradig defizitär und kann nur durch hohe Zuschüsse der Stadt überleben. Darüber hinaus muss die Stadt in den nächsten Jahren ein stetig wachsendes Millionen-Defizit ausgleichen, das sich bei ESWE-Verkehr durch diverse Verkehrswendeprojekte auftürmt.

Hier werden, im Unterschied zu Unternehmen in der freien Wirtschaft, Wohltaten auf Kosten anderer verteilt.

Antrag:

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr wolle beschließen:

Der Magistrat möge prüfen,

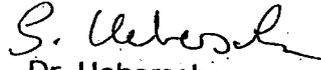
1. wie viele kostenlose Fahrscheine durch ESWE-Verkehr seit 2017 insgesamt verschenkt wurden.
2. welchem Gegenwert diese kostenlosen Fahrscheine entsprochen hätten, wenn sie regulär und ohne Rabatte verkauft worden wären.

Beschluss Nr. 0285

Der Tagesordnungspunkt wird aus Zeitgründen nicht behandelt.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, 6.12.2019


Dr. Uebersohn
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, 10.12.2019

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung



Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, 10.12.2019

Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme


Mende
Oberbürgermeister 10/12/19

11. Dez. 2019



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Planung, Bau und
Verkehr -

Bereich Verkehr Punkt 28 der öffentlichen Sitzung am 17. März 2020

Vorlagen-Nr. 19-F-10-0030

Abgabe kostenloser Fahrscheine durch ESWE-Verkehr

- Antrag der AfD Stadtverordnetenfraktion vom 26.11.2019 -

- Protokollnotiz des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 04.02.2020 (PN 0018) -

Protokollnotiz Nr. 0084

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung verschoben.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

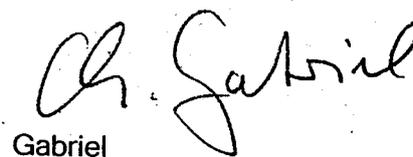
Wiesbaden, 19.03.2020


Dr. Uebersohn
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, 19.03.2020

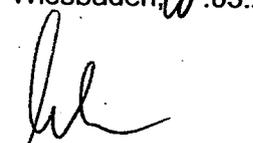
Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung


Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, 19.03.2020

Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme


Mende
Oberbürgermeister





Tagesordnung I Punkt 16 der öffentlichen Sitzung am 4. Februar 2020

Vorlagen-Nr. 20-F-21-0005

ICE-Anbindung Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 28.01.2020 -

Im Fernverkehr der Deutschen Bahn kommt Wiesbaden bisher nur sehr am Rande vor. Es gibt eine Verbindung, die Wiesbaden in Richtung Norden anbindet, jedoch nur morgens früh und abends spät bedient wird. Hinzu kommt ein ICE nach Leipzig/Dresden, der jedoch mitunter erst in Mainz oder Frankfurt startet. Für Reisende von und nach Wiesbaden bedeutet dies oftmals erhebliche Zeitverluste. Dabei wird, auch in Wiesbaden viel von Umstieg auf Bus und Bahn geredet. Wenn dieser Anspruch formuliert wird, muss dieser vielzitierte Anspruch auch ermöglicht werden.

In den kommenden Jahren steht durch die Einführung des Deutschland-Taktes eine grundsätzliche Neuordnung des gesamten Bahnverkehrs an. Dabei steht die Optimierung der Takte im Vordergrund und nicht mehr nur die Reisezeit auf einzelnen Strecken. Das bedeutet eine Koppelung der Bahnhöfe, an denen sich die Züge zeitgleich treffen sollen, eine Synchronisierung der Umstiege und mehr Direktverbindungen. Insgesamt soll die Reisezeit im Nah- und Fernverkehr verringert werden, nicht nur an den bereits bestehenden Knotenpunkten, sondern überall in Deutschland. Nach dem zweiten Gutachterentwurf des BMVI (<https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Artikel/E/zukunftsbuendnis-schiene.html>) ist für Wiesbaden zumindest eine Fernverkehrsanbindung nach Leipzig bzw. Berlin vorgesehen, ansonsten sind den bisher vorliegenden Netzplanungen keine signifikanten Verbesserungen zu entnehmen.

Für Wiesbaden ist insbesondere der Bau der Wallauer Spange relevant. Ab 2026 sollen zwei Hessenexpresslinien Wiesbadens Anbindung im Regionalverkehr verbessern und Reisende deutlich schneller als bisher Richtung Frankfurt und Darmstadt bringen. Hier gilt es nun zeitnah sicherzustellen, dass der Haltepunkt Wiesbaden-Delkenheim realisiert wird.

Diese Maßnahmen reichen jedoch noch nicht aus, um ein hinreichend attraktives Angebot zu schaffen. Insbesondere im Fernverkehr geht es in viele Richtungen von Wiesbaden aus nur mit Umstiegen und Zeitverlusten weiter. Ziel muss es sein, diese zu verringern und so Anreize für einen verstärkten Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel zu schaffen und damit zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes beizutragen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

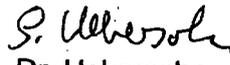
1. zu berichten, welche Kenntnisse er derzeit zur Planung und Entwicklung des Fernverkehrs in Wiesbaden im Zusammenhang mit dem Deutschland-Takt hat;
2. zu berichten, welche Maßnahmen er derzeit ergreift und welche er künftig beabsichtigt, um das Ziel eines verstärkten Umstiegs vom Auto zur Bahn zu erreichen;
3. zu prüfen und zu berichten, wie er die Effekte einer besseren Fernverkehrsanbindung auf die Umwelt beurteilt;
4. die Berichte zeitgleich mit der Vorlage des Mobilitätsleitbilds zur Verfügung zu stellen;
5. gegenüber zuständigen Trägern, Gremien und Institutionen auf eine stärkere Berücksichtigung Wiesbadens im Deutschland-Takt hinzuwirken.

Protokollnotiz Nr. 0019

Der Tagesordnungspunkt wird aus Zeitgründen nicht behandelt.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, 11.02.2020


Dr. Uebersohn
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

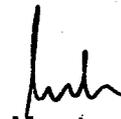
Wiesbaden, 12.02.2020

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung


Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, 13.02.2020


Mende
Oberbürgermeister *1112 Bpe*

14. Feb. 2020

Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Planung, Bau und
Verkehr -

Bereich Verkehr Punkt 29 der öffentlichen Sitzung am 17. März 2020

Vorlagen-Nr. 20-F-21-0005

ICE-Anbindung Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 28.01.2020 -
- Protokollnotiz des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 04.02.2020 (PN 0019) -

Protokollnotiz Nr. 0085

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung verschoben.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, 19.03.2020


Dr. Uebersohn
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, 19.03.2020

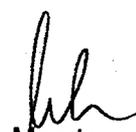
Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung


Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

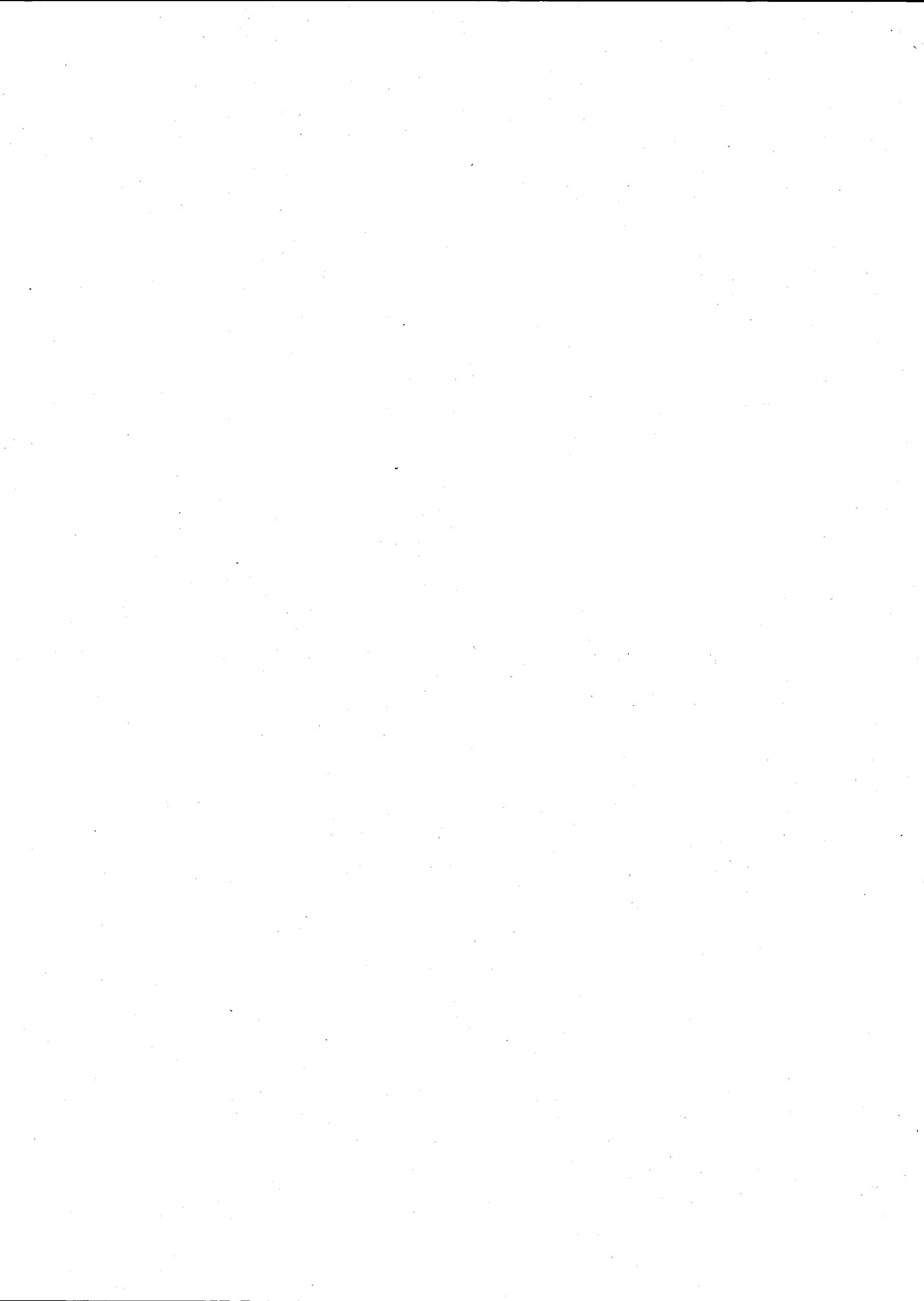
Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, 19.03.2020

Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme


Mende
Oberbürgermeister

26. März 2020





Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr -

Tagesordnung I Punkt 17 der öffentlichen Sitzung am 4. Februar 2020

Vorlagen-Nr. 20-F-01-0003

Brennstoffzellenbusse und Wasserstofftankstelle bei ESWE-Verkehr
- Antrag der SPD-Fraktion vom 29.01.2020 -

Wegen Lieferschwierigkeiten wurde die Bestellung von Brennstoffzellenbussen bei ESWE-Verkehr gestoppt. Diese sollten bereits im letzten Jahr in Betrieb genommen werden. Auf dem Betriebsgelände von ESWE-Verkehr steht seit einigen Monaten eine eigens dafür eingerichtete Wasserstofftankstelle.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird darum gebeten, zu berichten:

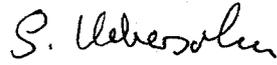
1. wann er über die Lieferschwierigkeiten in Kenntnis gesetzt wurde und welche Maßnahmen er dann getroffen hat, um ein solches Scheitern eines „Leuchtturmprojekt“ der ESWE-Verkehr frühzeitig zu verhindern bzw. Schritte einzuleiten, um den nun eingetroffenen größtmöglichen Schaden abzuwenden.
2. ob die Wasserstofftankstelle anderweitig genutzt wird/werden kann, wie zum Beispiel eine zweite Zapfsäule für PKWs (Taxis, Dienstfahrzeuge Stadtverwaltung und Beteiligungen etc.). Warum wurde eine solche zusätzliche Nutzung nicht bereits in der Ursprungsplanung mit berücksichtigt?
3. welche Auswirkungen die Abbestellung der Brennstoffzellenbusse auf die entsprechenden Förderbescheide (Busse und Wasserstofftankstelle) hat.
4. ob es zutrifft, dass nun Busse anderer Hersteller getestet oder gemietet werden und falls ja, mit welchen Mehrkosten zu rechnen ist bzw. ob diese auch mit den bestehenden Förderbescheiden förderungsfähig sind. Seit wann werden Gespräche mit anderen Anbietern geführt?
5. Wann angesichts der Probleme bei der Beschaffung mit den ersten eigenen Brennstoffzellenbussen auf den Linien in Wiesbaden/Mainz zu rechnen ist.
6. wie hoch die Kosten für die Einrichtung und den Betrieb der Wasserstofftankstelle bisher sind und wie hoch die weiteren monatlichen Betriebskosten der bis auf weiteres nicht genutzten Tankstelle sind.
7. ob und in welcher Höhe Regressforderungen an den Lieferanten geltend gemacht werden können und ob dies Seitens ESWE-Verkehr geplant ist.
8. welche Auswirkungen diese Verzögerung auf den Luftreinhalteplan der Stadt Wiesbaden hat.

Protokollnotiz Nr. 0020

Der Tagesordnungspunkt wird aus Zeitgründen nicht behandelt.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

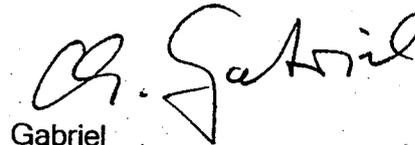
Wiesbaden, 11.02.2020


Dr. Uebersohn
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

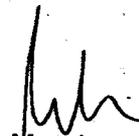
Wiesbaden, 12.02.2020

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung


Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, 13.02.2020


Mende
Oberbürgermeister 1312 Bcc

14. Feb. 2020

Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Planung, Bau und
Verkehr -

Bereich Verkehr Punkt 30 der öffentlichen Sitzung am 17. März 2020

Vorlagen-Nr. 20-F-01-0003

Brennstoffzellenbusse und Wasserstofftankstelle bei ESWE-Verkehr

- Antrag der SPD-Fraktion vom 29.01.2020 -

- Protokollnotiz des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 04.02.2020 (PN 0020) -

Protokollnotiz Nr. 0086

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung verschoben.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

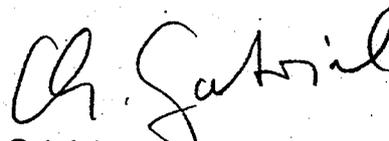
Wiesbaden, 19.03.2020


Dr. Uebersohn
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, 19.03.2020

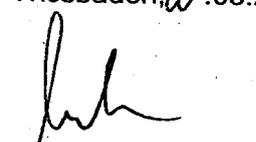
Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung


Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, 10.03.2020

Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme


Mende
Oberbürgermeister

26. MÄRZ 2020

TOP 25 IL



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr -

Tagesordnung I Punkt 18 der öffentlichen Sitzung am 4. Februar 2020

Vorlagen-Nr. 20-F-01-0002

Urteil zur Standplatzpflicht für Taxis - Auswirkungen auf Wiesbaden
- Antrag der SPD-Fraktion vom 29.01.2020 -

Mit Blick auf eine Münchner Regelung hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig entschieden (Urteil vom 22.01.2020, Az.: 8 CN 2.19), dass das Personenbeförderungsgesetz nicht zum Erlass einer Rechtsverordnung ermächtigt, die gebietet, dass Taxis nur an behördlich zugelassenen Stellen (Standplatzpflicht) bereitgehalten werden dürfen. Auch in der aktuellen Taxenordnung der Landeshauptstadt Wiesbaden vom 01. Dezember 2010 gilt nach § 2 (1) eine entsprechende Rechtsvorschrift, deren Nichteinhaltung nach § 6 (3) mit einer Geldbuße von bis zu 10.000 € geahndet wird.

Der Ausschuss für Bau, Planung und Verkehr möge beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten zu berichten, welche Auswirkungen das oben genannte Urteil auf die Taxenordnung der Landeshauptstadt Wiesbaden hat. Ist die Regelung in Wiesbaden davon betroffen und dementsprechend rechtswidrig?
2. Sollten die Vorschriften in Wiesbaden ebenfalls für unwirksam betrachtet werden, wird der Magistrat beauftragt diese entsprechend anzupassen und die Möglichkeiten einer Neu-Strukturierung der Standplätze zu prüfen und zur Beschlussfassung vorzulegen.

Protokollnotiz Nr. 0021

Der Tagesordnungspunkt wird aus Zeitgründen nicht behandelt.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, 11.02.2020

E. Uebersohn
Dr. Uebersohn
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, 10.02.2020

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Ch. Gabriel
Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, 13.02.2020

14. Feb. 2020

Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme


Mende
Oberbürgermeister *13/2 BPL*



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Planung, Bau und
Verkehr -

Bereich Verkehr Punkt 31 der öffentlichen Sitzung am 17. März 2020

Vorlagen-Nr. 20-F-01-0002

Urteil zur Standplatzpflicht für Taxis - Auswirkungen auf Wiesbaden

- Antrag der SPD-Fraktion vom 29.01.2020 -

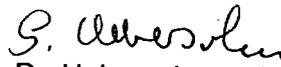
- Protokollnotiz des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 04.02.2020 (PN 0021) -

Protokollnotiz Nr. 0087

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung verschoben.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, 19.03.2020


Dr. Uebersohn
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

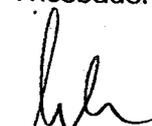
Wiesbaden, 19.03.2020

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

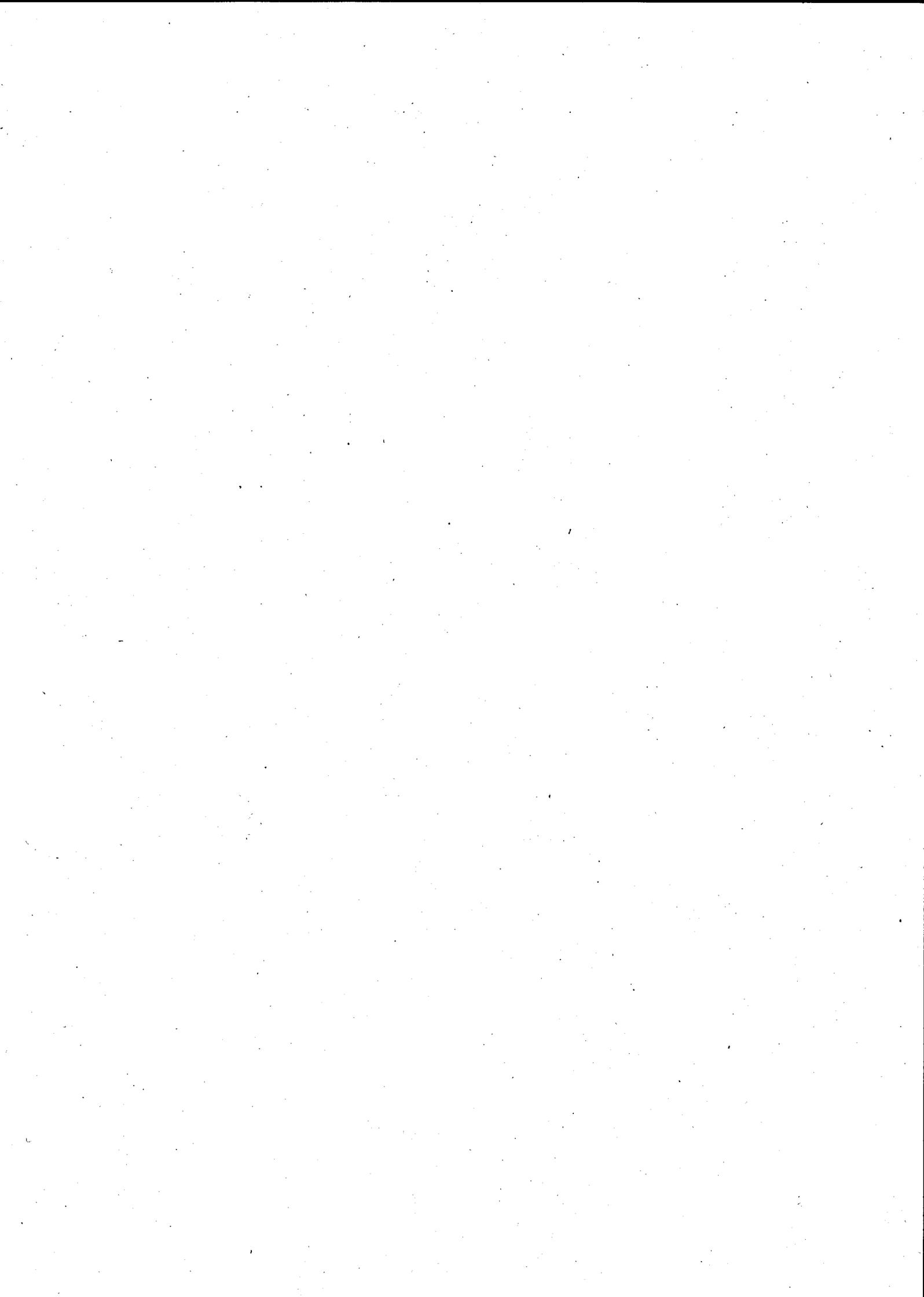

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, 20.03.2020


Mende
Oberbürgermeister

Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme





Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Planung, Bau und
Verkehr -

Bereich Verkehr Punkt 32 der öffentlichen Sitzung am 17. März 2020

Vorlagen-Nr. 20-F-08-0026

Übernahme der bislang in Leiharbeit tätigen Verkehrspolizist*innen in den Dienst der
Landeshauptstadt Wiesbaden
- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 11.03.2020 -

Nach Urteil des OLG dürfen im Bereich der Verkehrsüberwachung keine Leiharbeiter privater
Dienstleister mehr eingesetzt werden. Das Gericht sieht in dieser Tätigkeit eine hoheitliche
Handlung, die nur von regulär Beschäftigten der Kommunen mit entsprechender Ausbildung und
Bestellung ausgeübt werden dürfen.

Bis auf wenige Ausnahmen haben die hessischen Kommunen den bisherigen Leiharbeitern eine
unkomplizierte Übernahme als Angestellte der Stadt angeboten, diese zumeist vollzogen und
kurzfristig die notwendigen Schulungen eingeleitet. In Wiesbaden wurde den Leiharbeiter*innen
keine Übernahme durch die Stadt angeboten. Es handelt es sich um ca. 20 Personen, die über
entsprechende Qualifikationen durch ihre zum Teil langjährige Tätigkeit in der Parkraumkontrolle
verfügen. Das Straßenverkehrsamt hat nun Stellen für Ordnungspolizeibeamt*innen
ausgeschrieben, auch wenn sie noch nicht die notwendigen Kenntnisse über ihre zukünftige Arbeit
besitzen.

Der bisherige private Dienstleister bietet den betroffenen Leiharbeiter*innen eine schlechter
bezahlte Arbeit im Objektschutz oder eine Kündigung an. Um durch eine Arbeit im Objektschutz
das bisherige Einkommen zu erreichen, müssten die bisherigen Verkehrspolizist*innen 60 Stunden
in der Woche und in einem unzumutbaren Schichtsystem arbeiten. Die wirtschaftliche Situation der
langjährigen Mitarbeiter*innen würde sich bei Nichtübernahme durch die Landeshauptstadt
Wiesbaden drastisch verschlechtern.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat möge

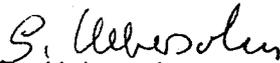
die bisher als Leiharbeiter*innen eines privaten Dienstleisters tätigen Verkehrspolizist*innen in den
Dienst der kommunalen Verkehrspolizei der Landeshauptstadt Wiesbaden übernehmen.

Protokollnotiz Nr. 0088

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung verschoben.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, 19.03.2020


Dr. Uebersohn
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

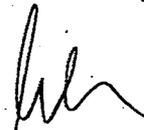
Wiesbaden, 19.03.2020

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung


Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, 19.03.2020


Mende
Oberbürgermeister

26. März 2020

Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme

TOP 27 I

18. März 2020



über
Herrn Oberbürgermeister
Gert-Uwe Mende *17.03.20*

Der Magistrat

über
Magistrat

Dezernat für Umwelt,
Grünflächen und Verkehr

und *i.A. Kowol 10.02.2020*
Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Christa Gabriel

Stadtrat Andreas Kowol

an die Stadtverordnetenversammlung

15 . März 2020

Flexibilisierung des Nahverkehrsplans - verstärkte Einrichtung von Multifunktionsflächen in den Bussen ermöglichen

Beschluss Nr. 0029 vom 13. Februar 2020, Antrags-Nr. 20-F-20-0001

Der Zuwachs von Rollatoren, Kinderwägen und Fahrrädern führt zu zunehmenden Konflikten zwischen Fahrgästen sowie zu Verzögerungen im Betriebsablauf von ESWE Verkehr. Die Problematik wurde im Jahr 2019 bereits im Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr sowie im Aufsichtsrat von ESWE Verkehr besprochen, zuletzt hat auch der Arbeitskreis der Wiesbadener Behindertenorganisationen und Interessengemeinschaft Behinderter eine Lösung eingefordert. Die naheliegendste und nachhaltigste Lösung ist die Ersetzung einer Sitzreihe durch zwei Klappsitze, die je nach Bedarf als Mehrzweckfläche oder als Sitz genutzt werden können. Allerdings hat der gültige Nahverkehrsplan hier eine Regelungslücke, da eine Aussage fehlt, dass Klappsitze als Sitzplätze mitgezählt werden dürfen. Da der Nahverkehrsplan von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde, ist auch ein Stadtverordnetenbeschluss notwendig, um die Regelungslücke zu schließen.

Wenn bis zur kompletten Überarbeitung des Nahverkehrsplans gewartet würde, hätte das zur Folge, dass die gesamten ersten 120 E-Busse mit der bisher üblichen kleineren Mehrzweckfläche bestellt würden, sodass die Konflikte auf Jahre hinaus Fortbestand hätten.

Der Ausschuss möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

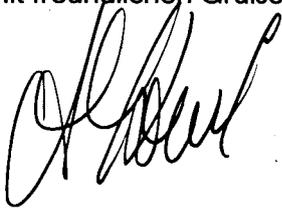
Dezernat V/ESWE Verkehr wird beauftragt, für die 64 nächsten E-Solobusse, deren Auslieferung für 2021 geplant ist, sowie für alle etwaigen Folgebestellungen, eine vergrößerte Mehrzweckfläche zu realisieren, indem eine Zweier-Sitzreihe durch zwei Klappsitze ersetzt wird. Die Vorgaben des Nahverkehrsplans werden hier insoweit flexibilisiert, als dass bis zu zwei Klappsitze pro Bus als Sitzplätze angerechnet werden können.

Bericht des Dezernates V:

Wie mir die ESWE Verkehrsgesellschaft mbH auf Ihren o. g. Beschluss hin mitteilt, konnte bei dem Hersteller der derzeit bestellten 120 E-Citaro-Solobusse, der EvoBus GmbH, erreicht werden, dass nicht nur die 64 E-Busse der zweiten Charge, sondern auch die noch ausstehenden 46 E-Busse der ersten Charge, also somit alle weiteren 110 E-Citaro mit einer vergrößerten Mehrzweckfläche ausgeliefert werden. Die entfallenden zwei Sitzplätze einer Reihe auf der Fahrerseite werden durch Klappsitze kompensiert.

Darüber hinaus informiere ich Sie, dass ESWE Verkehr in Abarbeitung der Eingabe des Arbeitskreises der Wiesbadener Behindertenorganisationen umsetzt, dass die Haltestangen im Fahrgastinnenraum der weiteren 110 E-Citaro-Solobusse mit dem Ziel eines optimalen Farbkontrastes zur besseren Wahrnehmung für sehbehinderte Menschen wieder im Farbton gelb ausgeliefert werden.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'A. Heil', written in a cursive style.



Vorlage Nr. 20-F-20-0001

Beschluss des Magistrats

Nr. 0201 vom 24. März 2020

*Flexibilisierung des Nahverkehrsplans - verstärkte Einrichtung von Multifunktionsflächen in den Bussen ermöglichen;
Beschluss Nr. 0029 der Stadtverordnetenversammlung vom 13. Februar 2020*

Der Bericht des Dezernates V vom 15. März 2020 wird zur Kenntnis genommen.

+

+

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um weitere Veranlassung
(Originalbericht ist beigefügt)

Dezernat V z. K.

Wiesbaden, den 24. März 2020

Der Magistrat



Mende
Oberbürgermeister

1. 47 26.05.